Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße Nr. 50/52**, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **Mk. 1.60.** Monatlich **55** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **20** Pfg. — **Inserate** für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr vormittags**, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 139. **Sonnabend, den 17. Juni 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Gewerkschaftsjahr 1904.

II.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben wohl ihre Mitgliederzahl für den Schluß des Jahres 1904 veröffentlicht, doch fehlte bisher die Angabe über die Kassenverwaltung, so daß wir uns damit begnügen müssen, die Mitgliederzahl für die letzten beiden Jahre anzugeben. Im Jahre 1903 betrug die Mitgliederzahl 110 215, im Jahre 1904 111 889.

Diese Vereine weisen insgesamt eine Mitgliederzunahme von 1674 auf. Die Werbekraft dieser Organisationsgruppe, die noch vor einem Jahrzehnt den gewerkschaftlichen Zentral-Verbänden den Rang glaubte ablaufen zu können, scheint sonach völlig erschöpft. In den vorhergehenden Jahren betrug die Zunahme an Mitgliedern in den Gewerkvereinen: 1899: 4022, 1900: 4884 1901: 5104 1902: 6086, 1903: 7364. Es ist möglich, daß der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier auch dem Gewerkverein Hirsch-Dunckerscher Bergarbeiter, der 1904 ganze 597 Mitglieder zählte, einen kleinen Zuwachs gebracht hat. Im allgemeinen aber scheint die Arbeiterschaft zu der Erkenntnis gekommen zu sein, daß gewerkschaftliche Organisationen etwas anderes bieten müssen, als diese Gewerkvereine. Der Versuch, den einzelne Mitglieder machten, diesen absterbenden Organisationen neue Lebenskraft zu geben, scheiterte an dem starren Widerstand, den die Leitung dieser Organisationsgruppe dem Eindringen einer anderen Auffassung über die Stellung der Arbeiter zu dem Unternehmertum entgegensetzte. Und schließlich ist es gut so. Je schneller die Erkenntnis von der falschen Tendenz und der falschen Taktik der Gewerkvereine auch bei den heute ihnen angeschlossenen Mitgliedern Platz greift, um so besser für die gesamte Arbeiterschaft.

Die christlichen Gewerkschaften erfüllen in bezug auf ihre Ausdehnungsfähigkeit nicht die Hoffnungen, die wir auf sie gesetzt hatten. Die ungeheure Zahl der indifferenten Arbeiter, die in den Bezirken vorhanden ist, in denen der Klerus herrscht und die Gemüter beeinflußt, bot ein Rekrutierungskontingent, das eine eminente Entwickelung der unter christlicher Firma in den Kampf ziehenden neuen Organisationen erwarten ließ. Anfangs schien es, als käme großer Zustrom aus den indifferenten Schichten, oder vielleicht auch aus den Kreisen der Arbeiter, die schon Kenntnis von gewerkschaftlicher Organisation hatten und in den christlichen Gewerkschaften billiger fortkamen als in den Zentralverbänden, wobei sie noch das erhebende Gefühl haben konnten, christlich und staatserhaltend zu sein.

Auch wenn wir die Vereine, die sich als christliche Gewerkschaften bezeichnen lassen, dem Gesamtverbande aber nicht angeschlossen sind, mitrechnen, kommt für 1904 im Jahresdurchschnitt nur eine Mitgliederzahl von 207 484 zusammen. Nach den Angaben, die über den Mitgliederstand der christlichen Gewerkschaften, einschließlich der nicht an den Gesamtverband angeschlossenen, bisher gemacht sind, hatten sie Mitglieder: 1899: 112 160, 1900: 159 770, 1901: 175 079, 1902: 189 900, 1903: 192 617 und 1904: 207 484. Es wäre somit seit 1899 eine Zunahme der Mitglieder von 95 324 zu verzeichnen. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände nahmen in dem gleichen Zeitraum um 471 635 Mitglieder zu und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 25 112. Es scheint also mit der christlichen Weltanschauung und den nationalen Idealen bei der Masse der Arbeiter nicht weit her zu sein, wenn aus dieser fast eine halbe Million zu den als heidnisch und staatsfeindlich verschrieenen Zentralverbänden in dem gleichen Zeitraum gekommen ist, in welchem die christlichen Kämpen 95 324 Seelen zu erobern vermochten. Ein ehrendes Zeugnis für den geistigen Fortschritt der Arbeiterschaft Deutschlands.

Die Klage, die man ab und zu aus dem christlichen Gewerkschaftslager darüber vernimmt, daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine geistig befähigten Kräfte heranwachsen, ist bezeichnend. Die Ursache liegt nicht zu fern. Es würde genügen, die Sprüche zu zitieren, die den Armen vorgepredigt werden, damit sie sich mit der Trübsal des Lebens abfinden und gehorsame Ausbeutungsobjekte für die Reichen und Mächtigen bleiben. Wo solche Lehre dem Hirn des Arbeiters eingetrichtert wird, ist für geistige Regsamkeit kein Raum.

Aber noch klingt das Lied gewaltig aus dem Zentrum der christlichen Gewerkschaften, das Lied von den hohen Aufgaben, die diese zu erfüllen haben. Es lautet in dem Jahresbericht über diese Gewerkschaften also:

„Heute steht für jeden fest, der ehrlich eine Sache erkennen will, daß es andere Gründe waren, welche zur Errichtung christlicher Gewerkschaften führten, als die von den Gegnern unterstellten. Es war der Kampf um die christliche Weltanschauung, welcher mit der Gründung selbständiger christlicher Gewerkschaften in der Arbeiterklasse begonnen wurde, provoziert durch die christentumsfeindliche Sozialdemokratie und die ihr ergebenen Organisationen. Nicht „Unternehmerfreundschaft“, nicht „Streikbrechertum“, nicht „pfäffische Knechtseligkeit“ war es, was die christlichen Arbeiter zur Gründung ihrer besonderen Organisationen trieb, sondern das ehrliche Bestreben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, ohne dabei Verrat an ihren religiösen und nationalen Idealen zu üben.“

Die 200 000 als Träger der christlichen Weltanschauung und nationaler Ideale machen sicher einen imponierenden Eindruck!

Das Unternehmertum in Rheinland-Westfalen, dem eigentlichen Gebiet der christlichen Gewerkschaften, sorgt schon dafür, daß diese „Phraseologie“ der nüchternen Erkenntnis der Arbeiter weicht. Wir können der weiteren Entwicklung ruhig entgegensehen, ohne befürchten zu müssen, daß die Hoffnungen sich erfüllen, welche die Leitung des Gesamtverbandes am Schluß ihres Berichtes folgend ausspricht:

„Zehn Jahre, reich an Arbeit und Opfern, an Enttäuschung und Kampf, aber nicht minder an hoffnungsfrohen Erfolgen, liegen hinter uns. Man wollte uns totschreiben, totdrücken, totstreiken. Alles vergebens! Mit neuem Mut, mit neuer Begeisterung und idealer Hingabe für unsere Sache muß nun das zweite Dezenium christlicher Gewerkschaftsarbeit begonnen werden. Dann sind weitere Erfolge sicher.“

Die unabhängigen Vereine, oder richtiger, die keiner Organisationsgruppe angeschlossenen Vereinigungen gewerkschaftlichen Charakters, hatten, 1904 eine um 5734 höhere Mitgliederzahl als 1903. Es kommt die höhere Ziffer in der Hauptsache daher, daß vom Vorstande des Bergarbeiter Verbandes angegeben ist, daß solche Vereine mit ca. 5000 Mitgliedern existieren. In früheren Jahren ist darüber nicht berichtet worden.

Die Gesamtzahl der Mitglieder aller genannten Organisationen bezeichnen folgende Ziffern: Es sind in den 6 Organisationsgruppen 1 466 625 Mitglieder gezählt, das sind gegenüber dem Vorjahre 189 794 mehr. Die Zentralverbände und die christlichen Gewerkschaften hatten zusammen eine Einnahme von 21 537 065 Mk. und eine Ausgabe von 17 204 546 Mk. Der Kassenbestand dieser Organisationen belief sich auf 13 760 325 Mk. Von den Einnahmen entfallen jedoch auf die christlichen Gewerkschaften des Gesamtverbandes und der nicht angeschlossenen Christlichen nur 1 346 341 Mk, von der Ausgabe 1 094 643 Mk. und von dem Kassenbestande 948 196 Mk.

Politische Rundschau.

Mit dem Strafvollzug beschäftigte sich am Mittwoch ein in Dresden tagender Verein der Strafanstaltsbeamten. Soweit die vorliegenden Berichte bürgerlicher Blätter erkennen lassen, sind auf dieser Tagung scheue Worte über Humanität des Strafvollzugs geredet worden; Worte, denen größere Bedeutung überhaupt nicht beizumessen ist. Hauptpunkt der Verhandlungen war die Frage: „Läßt sich für den Fall, daß Gefangene, deren Tat ehrloser Gesinnung entsprang, in einem künftigen Strafgesetze anders behandelt werden sollen als Gefangene, bei denen keine ehrlose Gesinnung festgestellt ist, eine größere Differenzierung in der Behandlung als bisher innerhalb derselben Anstalt durchzuführen? Die Ansichten darüber waren geteilt, doch war die Mehrheit für Verneinung der Frage. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die besagt, daß eine völlige Trennung der beiden Gruppen von Gefangenen innerhalb eines Gebäudes oder auch in verschiedenen Gebäuden auf einem Anstaltsareal abzuweisen sei. Eine völlige Trennung sei nur möglich, wenn sie auch arealräumlich geschieht. In der Uebergangszeit bis zum neuen Strafgesetz ist immerhin eine größere Differenzierung in der Behandlung der Gefangenen zu erstreben, das heißt einstweilen ohne Rechtsanspruch. Sodann beschäftigten sich die versammelten Anstaltsbeamten noch mit der Beköstigung der Gefangenen und es wurden Thesen angenommen, worin in Prozentsätzen Mindestsätze an Fettgehalt, Eiweiß, Kohlehydraten angegeben sind.

Die südwestafrikanische Sandwüste macht unseren Kolonialpolitikern immer mehr Kopfzerbrechen. Der einzige Hafen dieses „herrlichen“ Gebiets, Swakopmund, der dem deutschen Steuerzahler manche Mark gekostet hat, ist in Gefahr, vollständig zu versanden und damit überhaupt vorloren zu gehen. Die Reederei Woermann hat kürzlich an ihre Kunden ein Rundschreiben gesandt, worin die Verschiffer gebeten werden, ihre Verschiffungen während der ungünstigen Jahreszeit nach Südwestafrika einzuschränken, da auf Landung der Güter für die nächste Zeit keine Aussicht sei und die Linie auch anderseits nicht in der Lage sei, die hohen Liegegelderkosten, die gegebenenfalls Sonderdampfer verursachen, zu tragen. Auf der Swakopmunder Reede lagen zur Zeit des Rundschreibens 21 000 Kubikmeter und 2900 Tonnen Ladung, und weitere 13 200 Kubikmeter schwimmen auf Swakopmund zu; es wird vieler Wochen harter Arbeit bedürfen, um sie an das Land zu schaffen. Die Landungsbrücke ist gegenwärtig nur noch etwa drei Stunden am Tage benutzbar, und die vor ihr liegende Barre kann nur noch mit halb beladenen Leichtern, im Schlepp von Barkassen, befahren werden. Wegen der Versandung hat der Schleppdampferdienst zwischen Reede und Landungsbrücke eingestellt werden müssen und auch der nach Swakopmund zur Freibaggerung entsandte Dampfer ist genötigt worden, seine Arbeit einzustellen. Zwar verbleibt noch die Landung am Strande und an der neuerbauten vorläufigen Brücke, aber die schlechte Jahreszeit schließt an manchen Tagen durch hohe See die Landung vollständig aus. — Immer deutlicher offenbart sich in Südwestafrika der vollständige Bankerott unserer „glorreichen“ Kolonialpolitik.

Bei der Reichstags-Ersatzwahl in Kaufbeuren verteilen sich nach dem amtlichen Ergebnis die Stimmen wie folgt: Geiger (Z) 10 685, Seiler (Lib.) 2444 Angerhofer (SD.) 620 und Kärgel (Bauernbd.) 443 Stimmen. Die Wahlbeteiligung in dieser Zentrumsdomäne war eine schwächere als 1903; darauf ist auch der allgemeine Rückgang der Stimmen aller Parteien zurückzuführen. Mit einem Rückgang von etwa 200 Stimmen steht unsere Partei an letzter Stelle, während die bürgerlichen Parteien bis zu 2000 Stimmen verloren haben.

Ein interessanter Brief, gerichtet aus Halle an den preußischen Landtagsabgeordneten v. Heydebrand und der Lasa, wird im „Reich“ veröffentlicht. Dieses Dokument konservativer Roheit hat folgenden Wortlaut:

„Hochgeehrter Herr!

Tausende von Besitzenden danken der konservativen Partei für die stramme Haltung in beiden Häusern des Landtages. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten et tutti quanti, ein »Quos ego« (Ich will Euch!) zugerufen wird. Sollen wir uns vollends ausziehen und uns des Restes unseres Vermögens durch die unersättliche soziale Gesetzgebung berauben lassen? Was hilft es, wenn wir unser Vermögen, unsere Existenz verloren haben, die Revolution niedergeschlagen wird? Und dabei hat man acht Millionen ausgebildete Soldaten und weicht fortwährend vor Bebel, das ist das zweite Wort des Herrn Reichskanzlers, zurück. Zu diesem Menschen mit der sozialen Hetzpeitsche blickt die Regierung wie hypnotisiert auf, zu einem Hochverräter, der die Autorität des Heeres im Reichstage durch seine Hetzreden untergräbt und die Nation, bevor der Hahn dreimal kräht, mit einem Ozean von Galle überschüttet hat. Und da spricht der Herr Reichskanzler von Autorität, die ja gar nicht mehr vorhanden ist, man hat sie eben achtlos verschleudert. Man will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besitzenden bereits zu Heloten der Proletarier durch die gesamte Gesetzgebung erniedrigt und diesen Menschen zwecklos ungezählte Millionen an den Hals geworfen hat. In Berlin heiraten nach der „Kreuz-Zeitung“ Nr. 249 3. Beilage in diesen Kreisen die Mehrzahl nur, um nach vier Wochen wieder auseinander zu laufen, um der meist vorhandenen Familie Armenunterstützung zu teil werden zu lassen. Hier ist schon, eine Folge der sozialdemokratischen Lehren, jedes Pflicht- und Ehrgefühl erstorben. Die christlichen Arbeiterverbände sind nicht ein Deut besser als die anderen und aus taktischen Gründen nur so lange christlich, als sie noch etwas abfällt.“

Das „Reich“ sagt dazu: „Wie ist es nur möglich, daß ein solches Schreiben, das die Sozialdemokratie ohne jeden Zusatz als Werbeflugblatt verbreiten kann, von konservativen Blättern des Abdrucks gewürdigt wird? Doch wohl nur, um an einem abschreckenden Beispiel zu beweisen, welche törichten Briefe ein Herold der Besitzenden schreiben kann.“ Ach, keineswegs! Im Gegenteil! Die „Kons. Korresp“, das offizielle Organ der konservativen Partei, legt Verwahrung ein, daß der Brief ihrer Partei an die Röckschöße gehängt werde, die Partei wolle sich auch nicht „mit allen einzelnen Ausführungen des Briefstellers“ im Einklang erklären, aber im wesentlichen verteidigt die „Kons. Korresp.“ ausdrücklich die ungeheuerlich gemeinen Gesinnungen des Briefes. Sie sieht in der Veröffentlichung des Briefes durchaus nicht die Absicht, „an einem abschreckenden Beispiel zu beweisen, welche törichten Briefe ein Herold der Besitzenden schreiben kann.“ Vielmehr sagt sie:

„Der Brief ist lediglich als Stimmungsbild aus gewissen Kreisen interessant, weil man daraus ersehen kann, wie bedenklich vielen der Umstand erscheint, daß die Sozialdemokratie sich unserer bewährten Sozialpolitik zu ihren Parteizwecken zu bemächtigen beginnt, und wie ablehnend gewisse Kreise der Bevölkerung dem Ge-

danken einer Reichs-Erbschaftssteuer gegenüberstehen."

Mit diesen Zeilen hat sich das konservative Blatt mit dem gefühlsrohen Briefschreiber identifiziert. Es ist notwendig, das ausdrücklich festzustellen.

Der Reichstag soll nach einer Mitteilung des Berliner Vertreters der „Frkf. Ztg." schon Mitte oder Ende Oktober einberufen werden. Zunächst plant man dann die Regelung der Reichsfinanzreform

Die polizeilichen Russenverfolgungen kamen am Mittwoch im hessischen Landtag zur Sprache, als der Gesetzentwurf über die Errichtung und Leitung von technischen privaten Unterrichtsanstalten zur Beratung stand. Durch die Vorlage werden die genannten Institute nicht mehr, wie seither, der fakultativen, sondern vielmehr der obligatorischen staatlichen Kontrolle unterstellt. Der Bauernbündler Köhler beklagte das Ueberhandnehmen des Ausländertums in den deutschen technischen Unterrichtsanstalten, wobei er besonders das „geliebte Judentum" im Auge hatte, und der Ministerialrat Braun erkannte in der schärferen Prüfung der Vorlage den einzig geeigneten Weg zur Lösung der Ausländerfrage. Genosse Dr. David trat dem Abgeordneten Köhler energisch entgegen und bestritt die von jenem behauptete materielle und moralische Schädigung, die durch das Ausländertum herbeigeführt werde. Die Ausländer gäben im Gegenteil mit ihrem ernsten wissenschaftlichen Streben und ihrer nüchternen Lebenshaltung geradezu ein vorbildliches Beispiel. Wenn man von einem unangenehmen Ausländertum in Hessen reden wolle, so könne man das mit vollem Recht nur das tun, wenn es sich um die Besuche des Zaren handle. Was die Vorlage selbst anlange, so sehe der Redner statt der privaten Unterrichtsanstalten lieber solche mit staatlichem Charakter. Der Entwurf bedeute aber immerhin einen Fortschritt. Dr. David erhielt wegen seiner „Angriffe auf den Zaren, den nahen Verwandten des hessischen Fürstenhauses", einen Ordnungsruf. Nun fühlte der Antisemit Hirschel den Mut, gegen die „Schnorrer und Verschwörer" loszugehen und führte „zum Beweise für die moralische Beschaffenheit der russischen Studenten" den Fall der Studentin Berson an, der seinerzeit vom preußischen Kultusminister Hammerstein mit so echt junkerlichem, schmunzelndem Behagen im preußischen Abgeordnetenhause breitgetreten worden ist. Der antisemitische Tugendbold erlitt jedoch durch unseren Genossen Ulrich eine derbe, aber wohlverdiente Abfertigung. Ulrich riet dem Abg. Hirschel, mit derartigen Verallgemeinerungen vorsichtiger zu sein, da er sonst sich genötigt sehe, nicht nur entsprechende Gepflogenheiten der deutschen Studenten hier näher zu beleuchten, sondern auch auf solche gewisser hessischer Volksvertreter näher einzugehen. Auch Abg. Ulrich wurde vom Präsidenten wegen dieser Ausführungen zur Ordnung gerufen; aber Hirschel, der bereits einen sehr unangenehmen Prozeß zu bestehen hatte, wird sich die Warnung merken.

Zu dem merkwürdigen Ausgang des Plötzensee-Prozesses, für den es noch immer an voller Aufklärung über die tieferen Beweggründe für den überraschenden Abbruch der Verhandlungen fehlt, erklärt der Chefredakteur der „Zeit am Montag", Karl Schneidt, der Mitangeklagte in dem Plötzenseeer Prozeß, daß die Berichte einiger Berliner Blätter, vor allem des „Lokal-Anzeigers", über die Einstellung des Verfahrens im Plötzenseeer Prozeß, wonach der Rechtsanwalt Dr. Löwenstein mit dem Justizminister unterhandelt habe, der Berichtigung bedürften. Es sei ihm unmöglich, eine genaue Darstellung der Vorgeschichte der Einstellung des Verfahrens zu geben, aber soviel könne und müsse er sagen, daß erstens Dr. Löwenstein nicht im Auftrage der Angeklagten handelte, als er die Verhandlungen anknüpfte (woraus ihm kein Vorwurf gemacht werden sollte), und daß er auch nicht derjenige gewesen ist, der den ersten Schritt dazu getan habe. Die Staatsanwaltschaft sei zuerst an ihn herangetreten. Aus dem Ganzen ergibt sich, daß die ersten Schritte zur gütlichen Beilegung von seiten der Behörden gemacht wurden. Mit Recht bemerkt hierzu unser Hamburger Parteiorgan: Auch damit ist die Sache noch nicht geklärt. Wenn die Staatsanwaltschaft ein besonderes Interesse an der Beendigung des Prozesses hatte, ein Interesse, das nicht von den Angeklagten geteilt zu werden brauchte, so wird es um so weniger verständlich, daß diese sich zur Uebernahme der ganzen nicht geringen Kosten bereit erklärt haben. Da die erst gegebene Darstellung der Vorverhandlungen über die Zurücknahme des Strafantrages die Initiative von dem einen Vertreter der Angeklagten ausgehen ließ, muß es um so wünschenswerter und notwendiger erscheinen, der Oeffentlichkeit volle Aufklärung zu geben.

Eine Ersatzwahl zum württembergischen Landtag hat am Mittwoch in Eßlingen stattgefunden. Sie ergab den glänzenden Sieg unseres Genossen Schlegel mit 4521 Stimmen gegen den Kandidaten der vereinigten Konservativen, Demokraten und Nationalliberalen, der 2951 Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung war eine sehr große und erreichte 80 Prozent. Der Sieg ist um so bedeutsamer, als der Landtagswahlkreis Eßlingen bisher stets im Besitz der bürgerlichen Parteien war. Es zeigt sich hier, daß die Sozialdemokratie ohne Bündnis mit den Volksparteilern politische Erfolge erlangen kann.

Zur Naturgeschichte der Zentrumspresse. Aus dem Rheinland wird dem „Vorw" geschrieben: Das Zentrum ist erst infolge des drohenden Abfalls der katholischen Arbeiter sozialpolitisch geworden und die Zentrumspresse mußte zur „Arbeiterfreundlichkeit" erst gezwungen werden. Es hat großer Anstrengungen der christlichen Gewerkschaften bedurft, um die Zentrumsblätter bei Kämpfen zwischen Kapital und „christlich"-organisierten Arbeitern wenigstens zur Neutralität zu veranlassen, und nur die Drohung, eigene Tageszeitungen für die christlichen Arbeiter ins Leben zu rufen, hat die Zentrumspresse genötigt, sich in dem gewünschten Maße in den Dienst der christlichen Gewerkschaften zu stellen. So war es in Köln und in Aachen. Bei der Zentrumspartei war der politische Gewinn für die Arbeiterpolitik bestimmend, bei der ultramontanen Presse das nackte Geschäftsinteresse. Hierfür ist jetzt bezüglich eines Zentrumsblattes der sozusagen aktenmäßige Nachweis erbracht. Ende der neunziger Jahre fiel in der deutschen Zentrumspresse allgemein das am meisten verbreitete der beiden ultramontanen Blätter in Aachen, der „Volksfreund", durch seine radikale Haltung in politischen und Arbeiterfragen auf. Das Blatt machte in schärfster Opposition gegen die Militär- und Flottenpolitik der eigenen Partei, des Zentrums. In der Verfechtung der Arbeiterinteressen gegenüber dem zumeist katholischen Aachener Fabrikanten und Kapitalistentum war das Blatt ähnlich radikal. Diese Politik schien so rentabel, daß die Besitzer des Blattes in Köln einen Ableger mit der nämlichen Schreibweise schufen. Man mußte aber die Erfahrung machen, daß die Abonnentenzahl allein es nicht tut, sondern daß erst die Inserate die Suppe fett machen. So ging der „Kölner Volksfreund" bald zugrunde. Und o Wunder! Nach einiger Zeit wechselte der Aachener „Volksfreund" seine Schreibweise; er vertrat im politischen Teil die offizielle Zentrumspolitik und im „sozialen" Teil wurde er ebenfalls zahm. Heute erst erfährt die Oeffentlichkeit die Ursache dieser überraschenden Wandlung. Die ultramontanen Kapitalisten des Aachener Bezirks sahen damals mit Schrecken ihre Lohnsklaven unter der Führung des „Volksfreunds", dessen Verleger sich auch rednerisch in den Dienst des christlichen Textilarbeiter-Verbandes stellte, in's radikale Fahrwasser segeln und immer begehrlicher werden. Und man beschloß, den „Volksfreund" zu zähmen. Ein Mitarbeiter unseres Kölner Parteiblattes, der „Rheinischen Ztg.", ist in den Besitz der Jahresberichte des Verbandes der Aachener Textilindustriellen gelangt. In dem Bericht über 1900 befindet sich die folgende Stelle: „Von einem überraschenden Erfolge begleitet war der Beschluß, von seiten der Verbandsmitglieder nicht mehr in dem Lokalblatt „Volksblatt" zu inserieren. Es fand dieser Beschluß innerhalb wie außerhalb des Verbandes lebhaften Anklang und andere Fabrikantenverbände schlossen sich ihm an. Die Maßnahme führte dahin, daß nach und nach der Ton jenes Blattes dem Unternehmerstande gegenüber wie überhaupt in sozialen Angelegenheiten ein anderer wurde, und eine Rückwirkung des fraglichen Beschlusses hat sich auch bereits bis auf die Arbeiterverbände bemerkbar gemacht." — Das Zentrumsblatt war vor der Peitsche des Unternehmertums zu Kreuze gekrochen, aber noch ließen die Fabrikantenverbände nicht locker. In dem Bericht über 1901 heißt es noch, daß man es für angebracht gehalten habe, den Beschluß auf ein Jahr zu verlängern. Am 28 Februar 1902 aber beschloß man: „Der gegen das Lokalblatt „Volksfreund" im Jahre 1900 gefaßte Beschluß wird zurückgenommen." Die Inseratensonne der Aachener Fabrikanten schien dem „Volksfreund" wieder; die schreckliche Zeit des Kapitalistenboykotts war vorüber. Und seitdem hat sich das Blatt dem Unternehmertum äußerst dankbar erwiesen. Neben der in der Zentrumspresse allgemein üblichen Verdummung und Einschläferung der katholischen Arbeiter treibt es in hervorragendem Maße eine systematische Verhetzungstaktik zwischen den „christlich" und den modern organisierten Arbeitern. Der „Volksfreund" und seine gewerkschaftschristlichen Hintermänner haben die Zersplitterung und Selbstzerfleischung der Aachener Arbeiter auf dem Gewissen.

Kleine politische Nachrichten. Zu der Marokko-Konferenz hat Deutschland seine Annahme erklärt, ebenso Oesterreich-Ungarn und Italien, letzteres ohne Vorbehalt, Oesterreich Ungarn unter der Bedingung, daß alle interessierten Mächte dem Vorschlag zustimmen. Großbritannien hat abgelehnt. Dadurch scheint das Zustandekommen der Konferenz gefährdet. — Der Wahlsieg in Pforzheim brachte, wie der „Karlsruher Volksfreund" berichtet, der Sozialdemokratie den Besitz aller 32 Stadtverordnetenmandate der dritten Wählerklasse. Den Nationalliberalen leistete der sogen. unpolitische Mieterverein kräftigen Beistand — aber Liebe Müh' war umsonst. — Das „B. T." findet es ganz rätselhaft, daß sich die Staatsanwaltschaft zu einer Zurücknahme der Anklage im sogen. „Plötzenseeprozeß" hat bewegen lassen, und regt eine parlamentarische Anfrage über die Angelegenheit an. — Die württembergische Regierung schlägt in der Vorlage zur Verfassungsrevision einen Ersatz der aus der Zweiten Kammer ausscheidenden 23 Privilegierten, die zum Teil in die Erste Kammer übergehen, nicht vor. Dagegen wird die Vertretung der mit Cannstatt vereinigten Stadt Stuttgart auf sechs Abgeordnete vermehrt. Demnach wird die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer künftig 75, statt wie bisher 93 Abgeordnete betragen. Auch eine Wahl„reform"! — Der Ministerpräsident Rouvier soll sich, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, nun doch entschlossen haben, die Leitung des französischen Ministeriums des Aeußern zu behalten. — Die spanischen Cortes sind Mittwoch eröffnet worden. — Dem Verlegenheitsministerium in Ungarn entstehen große Schwierigkeiten. Die Opposition hat beschlossen, dasselbe vollständig zu boykottieren.

Norwegen.

Die reaktionären schwedischen Blätter blasen die Kriegstrompete gegen Norwegen. Sie hetzen zum Krieg. Seitens der schwedischen Sozialdemokratie wird scharf gegen den Chauvinismus protestiert; wenn nötig, soll der General- und Soldatenstreik proklamiert werden.

Rußland.

Die „Beruhigung" der Bauern. Die Feigheit der russischen Regierung, wenn sie mit einer Macht zu tun hat, ist bekannt; doch wenn es sich um die Niederdrückung einer wehrlosen Masse handelt, dann gebärdet sie sich wie ein Held. Sie läßt ihre Bluthunde — die Kosaken — los und der „innere Feind" wird „beruhigt". Doch die Folgen der Beruhigungen bleiben nicht aus — die Empörung wächst und das Ende des Absolutismus wird durch ihn selbst beschleunigt. Auch im Gouvernement Woronesch, wo der Gouverneur Andrejewsky ein berüchtigter Exekutor ist, will die Regierung die Bauernrevolten mit Knuten und Waffen unterdrücken. So wurden im Dorfe Mastjagino die Bauern durch den Dorfältesten in der Schule versammelt; dann führte man Kosaken herbei, die alle Tücen verschlossen, und es begann ein entsetzliches Dreinhauen in die wehrlose Menge. Eine Frau blieb auf der Stelle tot. Die benachbarte Gutsbesitzerin, die in das Dorf kam, um den Verwundeten zu helfen, fand keinen einzigen Bauern vor, die ganze Bevölkerung flüchtete in den Wald. Aehnliche Exekutionen fanden auch in anderen Dörfern statt.

Das Wiederaufleben der Streiks. In Sosnowice traten nach Schichtschluß die Arbeiter der Huldschinsky'werke, der Katharinahütte und von Fitzner u. Camper wieder in den Ausstand.

Oesterreich-Ungarn.

Skandalszenen im Reichsrat. Nach mehrwöchiger Pause ist der Reichsrat wieder zusammengetreten. Gleich in der ersten Sitzung kam es zu stürmischen Szenen bei der ersten Lesung der Vorlage des Gesetzes über die Erhöhung der Gebühren für die katholischen Priester bei kirchlichen Funktionen. Graf Sternberg sprach für das Gesetz unter Ausfällen gegen die Sozialdemokraten. Daran knüpfte sich eine heftige Debatte. Der Sozialdemokrat Schumeier nannte den Grafen Sternberg einen sittlich verkommenen, verlotterten Grafen, einen Mann, der weder seinem Stande, noch seinem Volke zur Ehre gereiche, der durch seine Anwesenheit und sein Verhalten in gewissen Nachtlokalen die Ehre des Abgeordnetenhauses herabsetze. Er möge über die Sozialdemokraten sagen, was er wolle. — Graf Sternberg: „Ein solches Ehrenzeugnis ist mir noch nicht ausgestellt worden. Alle Lumpen ohne Ausnahme sind gegen mich!" — Diese Worte entfesselten einen Sturm der Entrüstung bei den fortschrittlichen, deutschen und sozialdemokratischen Parteien. — Schumeier: „Im sozialistischen Staate würden Sie ins Irrenhaus oder Asyl für Säufer kommen." — Graf Sternberg: „Sie gehören ins österreichische Zuchthaus!" — Schumeier: „Ihre Strafe sollte darin bestehen, in eine Anstalt zu kommen, wo Sie sich ehrlich Ihr Brot verdienen müßten." — Pernerstorfer: „Ein dreckiger Verleumder sind Sie!" — Größl: „Er benimmt sich nicht wie ein Abgeordneter, sondern wie ein Lausbub!" (Folgt großer Lärm.) — Schumeier tritt sodann für die Trennung der Kirche vom Staat ein. Die Kirche sei reich genug, sie besitze nach ihrer eigenen Angabe in Oesterreich 813 Millionen Kronen.

Schweiz.

Als politische Polizei fungiert in der Schweiz die Bundesanwaltschaft mit ihren Organen. Unser Genosse Greulich hat gegen dieses Institut eine Reihe schwerer und wohlbegründeter Vorwürfe erhoben, die wir seinerzeit ausführlich mitgeteilt haben; u. a. behauptete Greulich von der Bundesanwaltschaft, sie besolde Spitzel aus Bundesgeldern zur Ausübung der Fremdenpolizei. Da sich die Vorwürfe nicht gut totschweigen ließen, was sonst die in der Schweiz wie anderwärts beliebteste Methode ist, so wurde zur Reinwaschung, oder wie man offiziell sagt, zur Untersuchung eine Kommission des Ständerats (Vertretung der Kantonsregierungen, unserem Bundesrat vergleichbar) eingesetzt. Natürlich erklärte diese Kommission die Beschuldigungen für unbegründet. Der Chef des Justizdepartements, Bundesrat Brenner, führte aus: Wir brauchen im Hinblick auf die zuströmenden Elemente eine Fremdenpolizei, aber diese soll korrekt zu Werke gehen. Die Bundesanwaltschaft habe keinen Auftrag zur Verwendung des von Greulich genannten Spitzels gegeben, sie ziehe ihre Informationen von ausländischen (!) Personen ein. Auch habe sie keine Bundesgelder für Spitzel verwendet. Der Bundesrat wolle keine Verwendung von Spitzeln, sondern nur Informationen durch anständige Mittel. Diese Informationen seien notwendig, ebenso wie die Tätigkeit des Bundesanwalts, so lange Anarchisten da seien, die zu Verbrechen auffordern. — Es kann also weiter gespitzelt werden!

England.

Der neueste Militärskandal, die Aufdeckung der betrügerischen Vergeudung von ungefähr 120 Millionen Mark durch das nach Beendigung des Feldzugs in Südafrika eingerichtete Verpflegungs- und Transportdepartement drängt jedes andere Interesse in den Hintergrund. Der Tatbestand ist folgender: Als Lord Kitchener im Sommer 1902 Südafrika verließ, bestimmte er, die enormen überschüssigen Kriegsvorräte sollten, anstatt nach England zurückverschifft, an Ort und Stelle verkauft und die Bedürfnisse der Okkupationsarmee event. durch Rückkäufe ergänzt werden. Auf diese Weise sollte der allgemeinen Nahrungsmittelverteuerung in Südafrika abgeholfen werden. An die Spitze der Verkaufsverwaltung wurde Oberst Morgan gestellt, der zur sorgfältigen Buchführung verpflichtet wurde. Seine gesamte Geschäftsführung ist jetzt von einer Kommission unter dem Vorsitz des Generals Butler geprüft worden; es soll ermittelt sein, daß die Verkäufe stets zu sehr niedrigen Preisen zumeist an die Lieferantenfirma Meyer u. Co., die Rückkäufe aber von derselben Firma zu sehr hohen Preisen erfolgten, wobei der Bruder des Obersten Morgan den Vermittler spielte, und abenteuerlich hohe Provision verdiente, sodaß der Staat insgesamt um die genannte Summe geschädigt worden wäre. Diese Beschuldigungen sind auf Grund eines großen Beweismaterials im Kommissionsbericht niedergelegt. Vor zwei Monaten wurden die „Times", die in einem Telegramm aus Pretoria ähnliche Beschuldigungen veröffentlichten, zu 5000 Mk. Schadenersatz an Oberst Morgan verurteilt, allerdings, nicht ohne daß das Gericht die Geschäftsführung des Obersten als höchst lax und prüfungsbedürftig bezeichnete. Oberst Morgan bezeichnet den Kommissionsbericht als eine schwere Verleumdung.

Rußland und Japan.

Ein deutsches Schiff durch ein deutsches Schiff im Russendienst in Grund gebohrt — das ist das neueste von der famosen „Neutralität" nach dem System Ballin-Bülow. Wolffs Bureau meldet: „Nach einem bei der Flensburger Dampfschiffahrts-Gesellschaft von 1869 eingegangenen Telegramm ist der eiserne Schraubendampfer „Tetartos", 1812 Register Tons groß, am 30. Mai von dem russischen Hilfskreuzer „Don" auf der Reise von Japan nach Tientsin in der nordchinesischen See in Grund gebohrt worden. Die Mannschaft wurde gerettet und gestern in Batavia gelandet. Das Schiff hatte, wie die Gesellschaft dazu erklärt, keine Kriegskontrebande an Bord, sondern war mit Holzschwellen beladen und nach einem neutralen chinesischen Hafen bestimmt. — Der russische Hilfskreuzer „Don" ist — der umgetaufte Schnelldampfer „Fürst Bis-

mark" der Hamburg-Amerika-Linie. Besondere Glücksumstände ermöglichten es der deutschen Besatzung des „Tetartos", sich zu retten; sonst hätte die Welt das erbauliche Schauspiel gehabt, daß nicht nur deutsche Schiffe, sondern auch deutsche Seeleute durch deutsche Fahrzeuge vernichtet worden, im Interesse und im Sold des Zaren!

Patriotische Geishas. Aus Paris wird gemeldet: „General Galliéni, Gouverneur von Madagaskar, der hier eingetroffen ist, teilt folgendes mit: Drei Monate vor dem Eintreffen des russischen Geschwaders unter Roschdjestwensky waren zwei Japaner angelangt, die einige Geishas mitbrachten und ein Freudenhaus errichteten. Die russischen Offiziere besuchten dieses Haus sehr oft, das jedoch lediglich Spionagezwecken diente." — Nun weiß man doch, wie es kam, daß die baltische Flotte vernichtet wurde: Die japanischen Delilas haben den russischen Simsons in schwachen Stunden — und derer waren anscheinend nicht wenige — ihre kriegerischen Geheimnisse entlockt und sie schleunigst Togo auf drahtlosem Wege übermittelt.

Wie der Londoner „Daily Telegraph" aus Tokio meldet, betragen die Gesamtverluste der Japaner zur See während des Krieges an Toten 221 Offiziere und 1782 Mann und an Verwundeten 170 Offiziere und 1497 Mann.

Aus Nagasaki gehen dem „Daily Telegraph" einige interessante Mitteilungen über den Verbleib der Kriegskassen an Bord der gefangenen russischen Schiffe zu. Der erste Zahlmeister an Bord des „Nikolai I." versuchte, das Geld unter die Unteroffiziere zu verteilen. Der Kapitän und sein Stab inhibierten dies und verlangten die Aushändigung des Geldes an die Offiziere. Der Zahlmeister leistete dem Befehl Folge. Der Zahlmeister des „Orel", der ebenfalls von den Offizieren aufgefordert wurde, ihnen das Geld auszuhändigen, weigerte sich, dies zu tun und warf die ganze Summe — es sollen 1 500 000 Rubel (??) gewesen sein — über Bord.

Als Ort für die russisch-japanischen Friedensverhandlungen ist nach amtlicher Mitteilung Washington gewählt worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 16. Juni 1905.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Der Zuzug von Maurern nach Reinfeld i. H. und Ahrensbök ist streng fernzuhalten!

Achtung, Dachdecker! Die Dachdecker Hamburg-Altonas sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zuzug ist fernzuhalten.

Lübecker Straßenbahn. Die Betriebsverwaltung der neuen Straßenbahn verausgabt nach Einreichung eines entsprechenden Gesuches auch Zeitfahrkarten, Arbeiterwochenkarten und Schülerkarten zu niedrigen Preisen, die zur Benutzung der ganzen Linie und zu beliebigen Fahrten berechtigen. Uebrigens wird beabsichtigt, die Weichen in der Stadt baldigst so zu verlegen, daß ein längeres Halten der Wagen und Warten der Fahrgäste vermindert wird. Weiter wird ersucht, bei Benutzung der Bahn und nach Einwurf des betreffenden Nickels in die Zahlkasten an dem Knopf derselben zu ziehen und aus der hervortretenden Schale die Fahrkarte zu entnehmen! Wer solches unterläßt, verhindert ein richtiges Arbeiten der Zahlkasten, indem dieselben sich durch Geld und Karten verstopfen.

„Mehrheit ist Unsinn." Schillerfeier und Wahlrechtsattentat haben uns wiederholt mit dem Schiller-Zitat beglückt, daß Mehrheit Unsinn sei, weil Verstand stets bei wenigen nur gewesen, deshalb müsse man die Stimmen wägen und nicht zählen. Diese Worte, die der Dichter einem reaktionären Geist in den Mund legt, haben unsren Reaktionären stets als Vorwand für ihre Rückwärtserei bei der Wahlrechtsverschlechterung dienen müssen. Im Senat war eine Mehrheit für den Rechtsraub; ob die Mehrheit die höhere Intelligenz des Senates vertritt, wissen wir nicht. Auch in der Bürgerschaft ist die Mehrheit für die Entrechtung des Volkes, nur konnte man sich noch nicht so recht über die Form des Gesetzes einigen. Aber hier wird ebenfalls die Mehrheit, die nach Schiller Unsinn ist, zu entscheiden haben. In demselben Augenblick, wo man der Mehrheit der Bevölkerung ihr gutes Recht rauben will mit der Motivierung: „Mehrheit ist Unsinn, Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen", ruft man eine „unsinnige Mehrheit" zur Entscheidung beim Wahlrechtsraub auf, die mit „der brutalen Macht der Kopfzahl" die wenigen, die Verstand besitzen, erdrückt. So schlagen sich die Wahlrechtsräuber mit ihren eigenen Waffen.

Uebersicht der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Mai 1905. Eheschließungen fanden statt 81. Geboren sind 237 Kinder, davon 116 männlichen, 121 weiblichen Geschlechts, totgeboren 2 Knaben, 2 Mädchen. Gestorben sind 72 Personen männlichen, 62 weiblichen Geschlechts, in Summe 134. Demnach Ueberschuß an Geburten 44 resp. 59, insgesammt 103. Auf 1000 Einwohner waren 30,19 Geburten, 17,07 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahr 42, von 1 bis zu 5: 10, von 5 bis zu 15: 4, von 15 bis zu 30: 9, von 30 bis zu 60: 33, von 60 bis zu 70: 11, von 70 bis zu 80: 11, 80 Jahre und darüber 14. Die Todesursache war angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler (im ersten Lebensmonat) in 11, Altersschwäche (über 60 Jahre) in 8, Kindbettfieber in 0, andere Folgen der Geburt (Fehlgeburt) oder des Kindbetts in 0, Scharlach in 0, Masern und Röteln in 0, Diphtherie und Krupp in 1, Keuchhusten in 0, Typhus in 0, übertragbare Tierkrankheiten in 0, Rose (Erysipel) in 2, andere Wundinfektionskrankheiten in 0, Tuberkulose: der Lungen (Lungenschwindsucht) in 7, anderer Organe in 5, akute allgemeine Miliartuberkulose in 0, Lungenentzündung (Pneunomie) in 22, Influenza in 1, andere übertragbare Krankheiten in 0, Krankheiten der Athmungsorgane in 10, Krankheiten der Kreislauforgane in 9, Gehirnschlag in 6, andere Krankheiten des Nervensystems in 9, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall in 9, andere Krankheiten der Verdauungsorgane in 6, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane in 4, Krebs in 10, andere Neubildungen in 1, Gewaltsamer Tod: Selbstmord in 0, Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung 0, Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung in 7, andere benannte Todesursachen in 2, Todesursache nicht angegeben in 3 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 48, Vorstadt St. Jürgen 10, St. Lorenz 41, St. Gertrud 17, in Kranken- und Heilanstalten 18.

Ausreichenden Schlaf für unsere Schulkinder. Es ist eine wenig beachtete Tatsache, daß im Sommer im allgemeinen ein ausreichender Schlaf viel schwieriger zu erzielen ist wie im Winter. Zum Zustandekommen desselben ist nämlich die Fernhaltung aller Reize durchaus notwendig, vor allem also Ausschaltung des Lichtes. Die Kürze der Nacht beeinträchtigt demnach die Länge des Schlafes in ganz erheblichem Maße. Ein ausreichender Schlaf ist aber nicht nur dem Erwachsenen, sondern auch dem Kinde überaus notwendig. Das Schulkind wird durch zu kurzen Schlaf mehr geschädigt wie durch die anstrengendste Arbeit; Ermattung und Nervosität stellen sich ein, während ein ausreichender Schlaf die Widerstandsfähigkeit erhöht. Die wiederholt festgestellte Tatsache, daß Kinder, welche nicht genügend schlafen, öfter erkranken als diejenigen, welche ausgeschlafen haben, hat neuerlich auch die Schulkommission in Stockholm wieder beobachtet. Sie konstatierte, daß nicht ausgeschlafene Kinder zu einem Viertel mehr unter Krankheiten leiden, wie andere, und setzte demgemäß die Schlafzeit für Kinder fest. Kinder von 4 Jahren sollen mindestens 12 Stunden schlafen, solche von 7 Jahren 11 Stunden, solche von 9 Jahren 10 Stunden, von 12—14 Jahren 9—10 Stunden, junge Leute von 14—21 Jahren 8—9 Stunden. Im Winter ist es nicht schwierig, diesen Anforderungen zu genügen. Im Sommer schlafen die Kinder dagegen sehr schwer ein, so lange es noch hell ist. Man soll aber die Kinder nicht zu früh zu Bett bringen, ehe Schlaf sich einstellt; auf der anderen Seite kann man den Schlaf im Sommer etwas rascher herbeiführen, wenn man die Lichtreize ausschaltet und dadurch das Schlafzimmer verdunkelt; auch laue Bäder und Waschungen wirken einschläfernd.

Die öffentliche Badeanstalt in der Wakenitz bei der Alexanderstraße (Militärschwimmanstalt) in der Vorstadt St. Gertrud wird vom Donnerstag, den 15. d. Mts. ab geöffnet sein: an den Werktagen von 5 Uhr vormittags bis 3½ Uhr nachmittags und von 6½ Uhr nachmittags bis Sonnenuntergang; an den Sonn- und Festtagen von 5 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags. Das Baden, für welches der Gebrauch von Badehosen vorgeschrieben wird, ist unentgeltlich. Auf Verlangen wird das Schwimmpersonal des hiesigen Regiments Schwimmunterricht erteilen. Für diesen Unterricht ist bei der Anmeldung dem betreffenden Oberaufseher im voraus gegen Quittung eine Vergütung von 3 Mk. zu zahlen.

Besitzwechsel. Das Grundstück Friedenstraße 45, Herrn Bux gehörig, ging durch Kauf in den Besitz des Gastwirts R. Storch über.

Ein Urteil des hanseatischen Oberlandesgericht macht gegenwärtig in den Interessentenkreisen viel Aufsehen. Dies Gericht hat nämlich dahin erkannt, daß das Inverkehrbringen von Buttermilch mit irgend einem Wasserzusatz strafbar ist. Demgegenüber erklären die Buttersachverständigen, daß es gar nicht möglich ist, eine gute und haltbare Butter zu erzielen, wenn nicht während des Butterungsprozesses reines kaltes Wasser mitbenutzt wird, sodaß Buttermilch stets Wasser enthalten müsse. Bleibe dieses Urteil maßgebend, so werde die Buttermilch, welche in hiesiger Gegend sehr viel getrunken wird, aus dem Verkehr einfach verschwinden müssen.

Oeffentlicher Schlachthof. Im Mai 1905 wurden geschlachtet: Ochsen 9, Bullen 71, Kühe und Starken 660, fette Kälber 600, nüchterne Kälber 699, Lämmer 5, Ziegen 48, Schweine 2423, Schafe 210, Pferde 54, zusammen also 4779 Tiere gegenüber 4380 im gleichen Monat des Vorjahres. Beanstandungen: Bei lebenden Tieren: Keine. Bei geschlachteten Tieren: 1. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Jungrind wegen Pyämie, 4 Schweine wegen Schweineseuche und 1 Schwein wegen Darmentzündung. 2. Auf der Freibank wurden verkauft: 1 Kuh wegen Tuberkulose, 1 Kuh wegen traumatischer Herzbeutelentzündung, 1 Kuh wegen traumatischer Magen-Zwerchfellentzündung, komplizierter Lungenentzündung, 1 Jungrind wegen Gebärmutterentzündung, 1 Jungrind wegen Abmagerung, 1 Schwein wegen Schweineseuche, 1 Schwein wegen Kalkablagerung, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 3. Im Dampf-Desinfektor wurden gekocht: 1 Jungrind wegen Tuberkulose, 13 Schweine wegen Tuberkulose, 1/4 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 3/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose. 4. Dem zoologischen Garten zur Fütterung der Tiere überwiesen: 2 Kühe wegen Tuberkulose und Abmagerung, 1 Jungrind wegen Gebärmutterentzündung, 1 Schaf wegen hochgradiger Abmagerung, 1 nücht. Kalb wegen mangelhafter Ausblutung, 1 nücht. Kalb wegen Unreife, 1 nücht. Kalb wegen wässeriger Beschaffenheit des Fleisches. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 840½ einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 2294 Kg. Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht.

In der Stadthalle gelangt am Sonnabend einmalig Max Halbes Liebesdrama „Jugend" zur Aufführung. Am Sonntag findet die Premiere des Schauspiels „Die Brüder von St. Bernhardt" statt. Das Stück hat anderwärts großes Aufsehen erregt.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 19 Grad.

pb. **Herrenlose Wagen.** Vor längerer Zeit ist vor der Marien- und Petrikirche je ein Handwagen herrenlos aufgefunden. Der eine Wagen, welcher eine eiserne Achse hat, ruht auf Federn. Der andere ist ein sogenannter Fässerwagen, wie sie Weinhändler zu benutzen pflegen. Personen, welche Ansprüche an die Wagen geltend machen wollen, haben sich beim Polizeiamt (Kanzleiwache) zu melden.

pb. **Sachbeschädigung.** Ein in der Falkenstraße wohnender Gärtner wurde wegen Sachbeschädigung zur Anzeige gebracht und festgenommen.

pb. **Urlaubsüberschreitung.** Ein von Kiel nach hier auf einen Tag beurlaubter Heizer S. M. S. „Nymphe", welcher seinen Urlaub mehrere Tage überschritten hatte, wurde festgenommen und an die Militärbehörde abgeliefert.

Eutin. Das diesjährige Aushebungsgeschäft für den Aushebungsbezirk Fürstentum Lübeck findet Sonnabend den 8. Juli d. J. und Montag den 10. Juli d. J. in Röpers „Gasthof zum Landhaus", Königstraße Nr. 1, in Eutin statt. Die beteiligten Militärpflichtigen haben sich zur Vermeidung der gesetzlichen Nachteile an jedem der genannten Tage um 8½ Uhr morgens im Aushebungslokale einzufinden. Wer aus Gründen, die durch das Gesetz bestimmt sind, einen Anspruch auf Zurückstellung vom Militärdienste erhoben hat, muß diejenigen, um deren Ernährung es sich handelt — Vater, Mutter usw. —, sowie diejenigen erwachsenen Geschwister, deren Arbeitsfähigkeit dabei in Frage kommt, zum Erscheinen im Termine veranlassen, damit sie der Ober-Ersatz Kommission auf Verlangen vorgestellt werden können. Die Schulamtskandidaten oder Lehrer werden aufgefordert, ihre Anstellungsurkunde zum Termine mitzubringen, um sie auf Verlangen vorzeigen zu können.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Eine schon bejahrte Frau in Demern bei Schönberg stürzte vom Waschsteg eines Wasserloches ins Wasser und ertrank. — Beim Entleeren einer Schute mit Oelfässern in Wilhelmsburg fiel ein Faß aus der Sieve und traf den Arbeiter Otte so unglücklich, daß er bald darauf starb. — Verbranntes Kind. Die zwölfjährige Tochter des Dachdeckers Cordts in Tönning goß Petroleum ins Herdfeuer. Die Flammen verbrannten das Kind so stark, daß es im Krankenhause gestorben ist. — Ein großer Moorbrand hat, wie aus Eckernförde berichtet wird, auf dem zwischen Loose, Söby und Moorbrücke belegenen Großmoor gewütet. Der Brand erstreckte sich auf eine Fläche von über 30 Hektar. Eine große Menge Torf verbrannte. Die abgebrannte Moorstrecke gehört zum Dorfe Loose. — Dienstag abends 10½ Uhr ging die rote Mühle bei Wittstock in Flammen auf. Wie das Feuer entstand, ist noch unaufgeklärt. Abgebrannt ist der ganze Hof, das Wohnhaus, sämtliche Scheunen, ebenso die Schneide- und Mahlmühle. Das Vieh konnte gerettet werden.

Hamburg. Großfeuer in der Zollvereinsniederlage. In der vergangenen Nacht ist das in der Merkurstraße gelegene dreistöckige Geschäftshaus der Herren Konfektionsfabrik Nathan Ruben vollständig niedergebrannt. Die Entstehungsursache dürfte nach den bisherigen Ermittelungen darauf zurückzuführen sein, daß beim Teerkochen auf einem anliegenden städtischen Wagenplatz nicht die nötige Vorsicht gewaltet hat. Ueber das Feuer wird dem „H. C." berichtet: Die Gebäude der Firma Nathan Ruben liegen in einem von Fabriken und Geschäftsniederlagen gebildeten Viertel ziemlich isoliert, sodaß eine direkte Gefahr für die Nachbargebäude nicht bestand. Dazu kam noch als günstiger Umstand die fast vollständige Windstelle während der größten Ausdehnung des Flammenherdes, und nur unter diesen Umständen konnte es den äußersten Bemühungen unserer Feuerwehren gelingen, den Brand auf das Rubensche Haus zu beschränken. In der elften Stunde, als die Zugänge in der Merkurstraße von der Carolinenstraße aus schon durch die eisernen Tore abgeschlossen waren, brachen in der Herrenkonfektionsniederlage die Flammen aus und mit ungeheurer Schnelligkeit griffen sie auf alle drei Stockwerke über. Bald nach Ausbruch stürzten die Giebel krachend in die Glut, und nur die weißglühenden eisernen Träger zeigten noch ihren früheren Platz. Lange sah man keinen Erfolg von den in das Gebäude geschleuderten Wassermassen und erst gegen 2 Uhr konnte man ein geringes Nachlassen der Feuerbrunst bemerken. Trotz der späten Nachtstunde hatten sich Tausende von Menschen vor der Brandstätte angesammelt, von allen Punkten der Umgebung beobachtete man den Fortgang des Feuers; der ganze Stadtteil war alarmiert. In der dritten Stunde erst hatte die Wehr den Brand vollständig lokalisiert; allerdings war von dem Gebäude der Firma Ruben und seinem Inhalte nichts mehr zu retten. Der Schaden beträgt zirka ¾ Millionen Mark.

Elmshorn. Streik. Die Arbeiter der Oelfabrik von Junge haben Dienstag die Arbeit eingestellt, weil die Firma für die Arbeit des Kesselreinigens einen Stundenlohn von 50 Pfg. nicht zahlen wollte.

Neumünster. Bildung macht frei! Der Plan, für Schleswig-Holstein ländliche Volkshochschulen zu gründen, ist jetzt ins Leben getreten. Hier wurde in einer von Landräten, Pastoren, Lehrern und Landwirten besuchten Versammlung nach lebhafter Debatte und mit allseitiger Zustimmung der Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein gegründet. Professor Paulsen-Berlin, der zur Gründung des Vereins 1000 Mk. stiftete, wurde in den Vorstand gewählt. Der Jahresbeitrag beträgt für eine Einzelperson 3 Mk., für Korporationen 10 Mk.; statt dessen kann man die Mitgliedschaft erwerben durch einen einmaligen Beitrag von 50 bezw. 200 Mk. Dem Verein traten sogleich 79 Mitglieder bei. Aus Angeln meldeten zwei Vereine ihren Beitritt.

Kiel. Eine Lohnbewegung der hiesigen Klempner. Zur Schaffung eines neuen Tarifs für den am 1. Juli abgelaufenen alten Lohntarif haben die hiesigen Klempnergesellen bereits anfangs dieses Jahres bestimmte Vorschläge gemacht. Diese gehen dahin, einen Einheitslohn von 55 Pfg. festzusetzen, für selbständige Arbeiter einen solchen von 60 Pfg., gegen 48 und 52 Pfg. bisher. Ferner wurde verlangt, daß der neue Tarif wieder, wie bisher, am 1. Juli sein Ende haben solle. Die Innung hat sich nur bereit erklärt, 52 und 56 Pfg. zu bewilligen, an Junggesellen will sie die ersten beiden Jahre sogar nur 48 Pfg. zahlen, weiter will sie das Ende des Tarifs auf den 1. April festlegen. Weitere Unterhandlungen waren erfolglos. Eine Versammlung der Kieler Klempnergesellen hat darauf den Beschluß gefaßt, die der Innung bereits einmal unterbreiteten Einigungsvorschläge, 52 bezw. 60 Pfg. Lohn, Beschränkung der Zahlung des Mindestlohnes von 48 Pfg. an Junggesellen auf 1 Jahr und Festlegung des Endtermins auf den 1. Juli, den Arbeitgebern nochmals vorzulegen. Wenn keine Einigung erfolgt, gedenken die Gesellen am 1. Juli mit den ursprünglichen Forderungen, 55 und 60 Pfg. Lohn und Endziel am 1. Juli, in den Streik einzutreten.

Rendsburg. Ein Feuer zerstörte gestern mittag den am Kreishafen belegenen Schuppen der Lübecker Firma Behn u. Sohn. Vernichtet wurden Reis, Essig und Petroleum in Fässern. Ein unter dem Schuppen liegender Petroleumtank blieb glücklicherweise vom Feuer verschont.

Bremerhaven. Die Bauprotzen in der Unterweserorten scheinen eine allgemeine baugewerbliche Aussperrung zu planen. Unser Parteiorgan in Bremerhaven ist in der Lage, folgendes Schreiben zu veröffentlichen:

„Werte Herren Kollegen!

Noch ist der Kampf der organisierten Arbeiterschaft gegen unseren Arbeitsnachweis kaum beendet und schon wieder wagen es die bezahlten Hetzer des Zentralverbandes der Maurer, ihre Anhänger gegen uns in's Feld zu führen.

Um die Lage der Gesellen zu verbessern, wird eine Lohnerhöhung von 50 auf 55 Pf. verlangt. Damit aber der Verdienst nicht zu hoch wird, soll gleichzeitig die Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt werden.

Diese widersprechenden Forderungen haben die Arbeitgeber einstimmig abgelehnt, jedoch ist eine Lohnerhöhung für den Anfang des Jahres 1906 in Aussicht gestellt.

Trotzdem aber treten die Herren Organisierten heute in partielle Streiks ein, welche zweifellos eine Aussperrung zur Folge haben werden.

Wir bitten dringend, in dem Bezirke Ihrer Vereinigung schon jetzt dafür zu sorgen, daß dort kein Maurer, Zimmerer oder Bauarbeiter aus den Unterweserorten Bremerhaven, Geestemünde und Lehe Unterschlupf findet.

Streiklisten werden Ihnen demnächst zugesandt.

Mit kollegialischem Gruße!

Der Vorstand
des Arbeitgeberverb. für das Baugewerbe a. d. U.
Ad. Knackstedt, Vorsitzender.

Die Bauarbeiter mögen also gerüstet sein. Die Unternehmer greifen in immer steigendem Maße zu dem Mittel, Forderungen der Arbeiter an einzelnen Stellen mit allgemeinen Aussperrungen zu beantworten. Das Zirkular verrät übrigens ein krasses Unverständnis gegenüber den Bestrebungen der Arbeiter auf Hebung ihrer Lebenslage. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit unter gleichzeitiger Erhöhung des Lohnes ist kein Widerspruch, sondern beide Forderungen gehören notwendig zusammen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich und dient dem Gesamtinteresse ebenso sehr wie dem besonderen Interesse der betroffenen Arbeiter. Und die Erhöhung des Stundenlohnes ist die notwendige Ergänzung zur Verkürzung der Arbeitszeit, da nicht nur keine wirtschaftliche Verschlechterung, sondern im Gegenteil eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nötig ist. Wenn Unternehmer wegen solcher Forderungen, noch dazu so geringfügiger Forderungen wie im vorliegenden Falle, Tausende von Arbeitern aussperren, dann handeln dieselben unmittelbar gegen Kulturinteressen.

Güstrow. Vor dem Schwurgericht hatten sich die früheren Müller Arthur und Richard Deutschmann wegen Brandstiftung resp. Beihülfe dazu zu verantworten. Richard D. soll sein ehemaliges Mühlengeschäft in Kessin in Brand gesteckt haben, während Arthur Schmiere stand. Arthur D. stellt die Sache, wie vorstehend angegeben, dar; Richard D. leugnet jede Schuld. Das Urteil lautete auf 4 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust für Richard D. und auf acht Monate Gefängnis für Arthur D. — Wegen Urkundenfälschung und Betrug erhielt der Arbeiter Nettkowsky aus Pölchow 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus zudiktiert. Der Angeklagte hatte auf dem Standesamt seine ganz gesunde Frau als gestorben eintragen und auf Grund des Totenscheines sich 140 Mk. aus der Schwaaner Sterbekasse auszahlen lassen. Das Geld hat er in Berlin verjubelt.

Letzte Nachrichten.

Leipzig. Die General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes beschloß gestern die Einführung der Erwerbslosen-Unterstützung mit 121 gegen 41 Stimmen. Die Beiträge wurden von 40 auf 50 Pf. für männliche, und von 15 auf 20 Pfennig für weibliche Mitglieder erhöht.

Gibraltar. Ein Leutnant und drei Mann wurden nach den letzten Meldungen durch die Explosion an Bord des „Magnificent" getötet. Der Unglücksfall ereignete sich dadurch, daß ein Geschoß im Geschützrohr versagte; der Verschluß wurde geöffnet, als plötzlich das Geschoß explodierte.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Töchterchens wurden hocherfreut
W. Matznick und Frau,
Emma, geb. Kleinfeldt

Katharina Weimann
Georg Leu
Verlobte.
Travemünde, z. Zt. Lübeck. Lübeck.

Für die herzliche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Verwandten und Bekannten, dem Verband der Maurer, sowie Herrn Pastor Hinsch für seine trostreichen Worte am Grabe meinen herzlichen Dank. **Katharine Nypnau,** geb. Wulf

Ein Logis für junge Leute
zu vermieten Rosenstraße 5

Zum 1. Juli oder zum 1. Oktober
eine Wohnung, 3 Stuben mit all. Zubeh.
zu vermieten, Mk. 215
Buseksfitzstraße 4

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung
von 3 Zimmern vorm Holstentor zum Preise von 280 Mk. Off. u. **W** an die Exped. d. Bl.

Guterhaltenes Fahrrad
sowie **Waschtisch mit Marmorplatte** zu verkaufen. Wickedestraße 20, 2 Etg.

Laufbursche per sofort gesucht
Bleicherstraße 13

Sofort junges Mädchen bei Kindern,
welches zu Hause schläft oder Nachmittagsmädchen.
Zu melden Fünfhausen 16, I.

Billig zu verkaufen ca. 1000 Bibliotheksbücher, passend für Leihbibliotheken.
Friedenstraße 97.

Ein einsitz. guterhalt. Sportwagen
zu verkaufen, Preis 4 Mk.
Rabenstraße 12 a, Burgtor

Zu verkaufen **ein Kaninchen, französischer Widder (Rammler),** 3½ Monate alt
Marlistraße 45 a.

Ia. Salzgurken
Stück 5 Pfennig empfiehlt
T. Buhrmann, Inh. W. Fahle.

Nähmaschinen
System Singer,
Größte Auswahl unter
5jähriger Garantie.
Tritt-Nähmasch. M. 45.
Hand-Nähmasch. M. 32.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Nähmasch.-Repar.-Werkstatt.
H. A. Hill, Johannisstraße 9.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.
Von **Richard Lipinski.**
20. Auflage. Preis 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

2500 Pfund Ia. Schweizer-Käse
Pfund 40 und 60 Pfg.
Eduard Speck, Hüxstraße 80.

● Zahn-Atelier ●
G. Boysen, Schwartauer Allee 71 a.

Eimerbier.
Verkaufe jeden **Montag** und **Donnerstag,** nachmitt. von 5 bis 9 Uhr, Eimerbier aus der St. Gertrud-Brauerei L. Hochbaum.
Sterly, Bierhändler
Friedenstr. 48, Ecke Warendorpstr.

Meine **Margarine**
durch Frische und besonderen
Wohlgeschmack
sich vorteilhaft auszeichnend, ist das beste Fabrikat, und wird zu nachstehenden Preisen geliefert:
1 Pfd. 50, 55, 60, 65, 70 Pfg.
2 „ 95, 105, 115, 125, 135
Ludw. Hartwig,
Obertrave 8.
Fordern Sie Rabatt-Spar-Marken „Lubera".

Berliner Volks-Zeitung
mit reichillustriertem Sonntagsblatt.
Chefredakteur: Karl Vollrath.

Diese jetzt in ihrem 53. Jahrgange stehende altbewährte Vorkämpferin für **Freiheit und Recht** ist die **billigste**
täglich zweimal erscheinende Zeitung.

Interessante Leitartikel. Moderne Weltanschauung. Schnelle und zuverlässige Berichterstattung über alles Wissenswerte. Unabhängiger und ausführlicher Handelsteil. — Theater, Musik, Kunst, Wissenschaft, Technik. Interessante Romane erster Autoren. So erscheinen im nächsten Quartal außer
„Hoppe Lotte" von **Eduard Abolay**
„Blazek der Märtyrer" von **Heinr. Köhler**
noch das höchst interessante Werk:
„Der Kampf um die Scholle" von **Richard Skowronnek,** diesem beliebten Dramatiker und Schriftsteller, u. ferner eine spannende Novelle v.
E. von Wolzogen: „Beriberi", die, lebendig und geistreich geschrieben — ein echter Wolzogen — sicherlich ebenfalls das lebhafteste Interesse aller Leser in Anspruch nehmen wird.

Abonnementspreis bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs
nur 80 Pfg. monatl.
oder 2 Mk. 40 Pfennig vierteljährlich.
Probenummern kostenlos!
Expedition der Berliner Volks-Zeitung
Berlin SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich **Engelsgrube 2, Ecke Geibelplatz,** eine
Südfrucht-, Obst-, Gemüse- u. Grünwaren-Handlung,
verbunden mit **Kolonial- und Fettwaren-, Flaschenbier- und Brothandlung.**
Hochachtungsvoll **J. Lange.**

Travemünde.
Allen Freunden und Bekannten sowie Vereinen und Klubs empfehle meine Lokalitäten zu Ausflügen und Abhalten von Festlichkeiten. Ferner habe auch möbl. Zimmer bei soliden Preisen zu vermieten.
Hochachtungsvoll
Gustav Kähler.

Mitglieder-Versammlung
der
Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse d. deutsch. Schiffbauer
am Sonnabend den 17. Juni 1905
abends 8 Uhr
bei Herrn **Jürss, Engelsgrube 59.**
T.-O.: Wahl und Verschiedenes.
Die örtliche Verwaltung.

Arbeiter-Radfahr.-Verein Lübeck.
Gegründet 1894.
Tour nach Bergedorf
am Sonntag den 18. Juni d/s. Js.
Abfahrt 5 Uhr morgens vom Lindenplatz.

Kleine Tour nach Ahrensböck.
Abfahrt mittags 1 Uhr v. Vereinshaus.

GENIN.
Sonntag den 18. d. M.:
Grosses Ringreiten.
Hierzu ladet freundlichst ein
Die Reiter.

Stadt-Halle.
Sonnabend: Abonnements-Vorstell. 37.
Halbe Preise.
Einmalige Aufführung von **Max Halbe's:**
Jugend.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.
Logen 1.50, I. Parkett 1 Mk., II. Parkett 50 Pf.
Sonntag: Die Brüder von St. Bernhard.

Lübecker Strassenbahn.

Zahlkasten.

Wir bitten, bei Benutzung unserer Bahn und nach Einwurf des betreffenden Nickels in unsere Zahlkasten an dem Knopf derselben zu ziehen und aus der hervortretenden Schale die Fahrkarte zu entnehmen! Wer solches unterläßt, verhindert ein richtiges Arbeiten der Zahlkasten, indem dieselben sich durch Geld und Karten verstopfen

Zeitfahrkarten

werden nach Einreichung eines betreffenden Gesuches, unter Beifügung einer Photographie für die nachsuchende Person, ausgestellt und kosten
für 1 Monat 8 Mk. — 3 Monat 21 Mk.
„ 6 „ 36 „ — 12 „ 60 „
Arbeiterwochenkarten kosten 1 Mk.
Dieselben berechtigen zur Benutzung der ganzen Linie und zu beliebig vielen Fahrten.

Schülerkarten

mit gleicher Berechtigung kosten **3 Mk.** monatlich.
Die **Betriebsverwaltung** befindet sich:
Marli, Hövelnstraße 10.

Böttcherstraße 16. Fernsprecher 348. **M. Lahrtz** Rosenstraße 10. Fernsprecher 348.

Prima ger. Vorderschinken Pfd. 80 Pfg.
Heute und folgende Tage: Pa. gekochte Mettwurst . . . . . Pfd. 60 Pfg. Leberwurst u. geräuch. Leberwurst Pfd. 60 Pfg.

Pa. Sauerfleisch . . . . . Pfd. 50 Pfg.
(Schweinefleisch ohne Knochen, Gelee dazu gratis)
„ Ger. Mettwurst Pfd. 1 20, 1 —, 80 Pfg.
ff. verschieden. Aufschnitt
Pfund von Mk. 1.00 an.

Pa. frische Flohmen Pfund 65 Pfg.
„ weißes Schmalz Pfund 60 Pfg.
„ Kopf und Bein Pfund 20 Pfg.
Jeden Sonnabend von 5 Uhr an:
Heiße Knackwurst.

Arbeiter-Turnverein zu Lübeck.

Großes Sommerfest
verbunden mit Schauturnen und Tanzkränzchen
am Sonntag den 25. Juni
im „Restaurant Tiergarten".
10 Uhr abends: Laternenpolonaise.
Anfang des Turnens: 3 Uhr, des Tanzkränzchens: 4 Uhr, Ende 12 Uhr.
Eintritt 30 Pfg., Damen frei.
Das Komitee.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 139 — Sonnabend, den 17. Juni 1905. — 12. Jahrgang.

Verbandstage und Generalversammlungen.

General-Versammlung des deutschen Bergarbeiter Verbandes. Im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses begann Sonnabend vormittag unter ungemein zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Bergwerksbezirken des Reichs die Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes. Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordnete Sachse, eröffnete die Tagung mit einer längeren Ansprache, in der er die Lage der Bergarbeiter besprach und die im Landtage angenommene Berggesetznovelle einer scharfen Kritik unterzog. Mit bezug auf die Novelle führte Sachse aus: „Unsere Stimmen sind verhallt, die Versprechungen sind nicht gehalten worden, wir sind elend im Stich gelassen worden. (Stürmische Zustimmung.) Im Stich gelassen sind wir von der preußischen Regierung und auch von den Parteien, die sich als arbeiterfreundlich im preußischen Parlament aufspielen. Ich glaube nicht zuviel zu sagen, wenn ich konstatiere, daß an den Bergarbeitern ein schmählicher Verrat geübt worden ist. (Lebh. Beifall.) Ich konstatiere, daß auch heute noch die deutsche Bergarbeiterschaft in diesem Punkte einig ist und daß auch die christlichen Kameraden, genau wie wir, die Geburt, die das preußische Klassenparlament geboren hat, für eine Mißgeburt halten.

Darauf wurden Sachse und Schröder zu Vorsitzenden gewählt.

Der Verbandssekretär Husemann-Bochum referierte über die Erhöhung der Beiträge und die Einführung von Notunterstützung bei Krankheitsfällen. Die jetzigen Beiträge von 20 Pfg. pro Woche seien durchaus ungenügend. Der Redner empfahl die Einführung eines Staffeltarifs. Für einen Durchschnittstagelohn von 3 25 Mk. sollte der Beitrag hiernach 30 Pf., bis zu 3,75 Mk. Durchschnittslohn 40 Pfg., bei höheren Tagelöhnen 50 Pfg. wöchentlich ausmachen. Nach den jetzigen Lohnverhältnissen würden somit im Ruhrrevier 50 Pfg., im Saarrevier und Ober-Bayern 40 Pfg., in Oberschlesien, Sachsen und im Bezirk Halle 30 Pfg. Wochenbeitrag erhoben werden. Zu diesem Vorschlage des Vorbandsvorstandes lagen 290 Abänderungsanträge vor. So fordern Anträge aus dem Ruhrrevier eine gleichmäßige Erhöhung des Beitrags auf wöchentlich 50 Pfg., andere 40 Pfg.

Vollständige Einigkeit herrschte bei allen Delegierten über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge. Schließlich werden am zweiten Tage nach einer eingehenden Debatte sämtliche auf die Beitragserhöhung bezügliche Anträge der Redaktionskommission überwiesen, nachdem sich die Mehrzahl der Redner für 40 Pfg. Einheitsbeitrag ausgesprochen hatten. Am 3. Tage wurden die Berichte des Vorstandes und der Kasse gegeben. Aus letzterem heben wir hervor, daß der Streik im Ruhrrevier einen Ausfall an Mitgliedsbeiträgen von 75 000 Mk. hervorgerufen habe. Das Verbandsvermögen ist von 735 000 Mk. in 1903 auf 814 000 Mk. gestiegen. Der Vermögensbestand betrug pro Mitglied 1903 6,36 Mk., 1904 dagegen 9,11 Mk.

Die 7. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagt gegenwärtig in Leipzig. Der Tagung ging am Sonnabend eine Konferenz der Former voran, in welcher die Arbeitsverhältnisse dieser Branche, das Akkordsystem und sonstige engere Berufsfragen sehr gründlich erörtert wurden. Das Resultat der Konferenz besteht in der Annahme folgender Resolution: „Die am 10. Juni 1905 in Leipzig tagende Konferenz der Former und Berufsgenossen erachtet die Schaffung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche nach einheitlichen Grundsätzen geregelt sind, für durchaus notwendig. Eine solche Notwendigkeit hat sich ganz besonders herausgestellt durch die vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1903 aufgenommenen statistischen Erhebungen. Die Ungleichheiten in der Berechnung der Akkordarbeiten, der Bezahlung des unverschuldeten Ausschusses, der Arbeitszeit, Stellung genügender Hilfskräfte und genügenden Arbeitsmaterials bedürfen einer Regelung. Die Konferenz erwartet vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter Verbandes, daß er Vorbereitungen trifft, die geeignet sind, diese Zustände zu beseitigen. Die bisherigen Erfahrungen, welche bei den Streiks und Lohnbewegungen der Former und Berufsgenossen gemacht worden sind, drängen dahin, grundsätzliche Aenderungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen und schlägt daher die Konferenz folgende Grundlage vor: Bei allen Akkordarbeiten ist ein den Verhältnissen entsprechender Mindestverdienst zugrunde zu legen, jedoch nicht unter 21 Mk. pro Woche. Die Arbeitszeit (auch an den Gießtagen) ist auf höchstens 10 Stunden festzusetzen. Für unvermeidliche Ueberstunden ist ein Lohnaufschlag von 25 Prozent zu fordern."

Am Pfingstmontag vormittags begann sodann die Generalversammlung selbst. Sie tagte in dem prächtigen neuen Heim der Leipziger Genossen, dem Volkshause (früher Tivoli), dessen großer Saal mit Guirlanden, Fahnen und Produkten der Kunstgärtnerei geschmückt ist.

Nach einigen Begrüßungsworten des Geschäftsführers der Leipziger Zahlstelle, Gen. Fromm, heißt der Vorsitzende des Zentralvorstandes, A. Schlicke-Stuttgart, die Erschienenen herzlich willkommen. Auch heute, wie zur Zeit der Berliner Generalversammlung vor zwei Jahren, hat die Organisation gegen das Unternehmertum zu kämpfen. Auch heute noch sind unsere Gegner die alten — nicht gewillt und nicht befähigt, aus der Vergangenheit zu lernen. Mit Freuden können wir schöne Organisationsfortschritte konstatieren, nicht nur in bezug auf Mitgliederzahl und Umfang, sondern auch an innerer Festigkeit. Trotz hier und da erlittener Niederlagen ist die Bewegung doch vorwärts gegangen und die brutale Taktik der Unternehmer ist erschüttert — sie sind mit ihrem Latein zu Ende! (Sehr richtig!) Der Vorschlag der Abc-Aussperrung ist ein solches Verlegenheitsprodukt, welches zeigt, daß die Unternehmer das Abc der Arbeiterbewegung noch nicht begriffen haben. (Heiterkeit.) Sicherlich bringt uns die Zukunft größere Kämpfe und die Leipziger Generalversammlung hat die Waffen zu prüfen, mit welchen wir erfolgreich der Taktik des Unternehmertums entgegentreten können — möglichst geschlossen, von einem korporativen Willen beseelt! (Beifall.) Redner begrüßt sodann die ausländischen Gäste. Es sind erschienen vom Verband der Metallarbeiter Oesterreichs Franz Domes und A. Nowack-Wien, vom Zentralverband der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns Teszarß-Budapest, vom Schweizerischen Metallarbeiterverband A. Hugler-Bern, vom Dansk Smede- og Maskinarbejder-Forbund F. A. Hansen-Kopenhagen, vom Norsk Jern- og Metalarbeider-Forbund M. Ormestad-Christiania, vom Svenska Järn- ok Metallarbetare-Förbundet Johannsen-Stockholm, von der Amalgamated Society of Engineers of England George N. Barnes-London, von der National Society of Amalgamated Braß Workers W. J. Davis-Birmingham, von der Union federale des ouvriers Metallurgistes de France Jean Latapie-Paris, und sodann ist noch eingeladen und erschienen der bisherige Verweser des internationalen Informationsbureaus der Metallarbeiter, Charles Holson-Sheffield.

Nach Konstituierung der Mandatsprüfungs-Kommission gibt Ischinger-München einen Bericht über die Münchener Aussperrung und die allgemeine Situation in Bayern, aus welchem ersichtlich, daß hier eine arge Provokation des Unternehmertums vorliegt. Auf Vorschlag Brandes-Magdeburg wird ohne weitere Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die 7. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig nimmt Kenntnis von der in der bayrischen Metallindustrie erfolgten Aussperrung und der geplanten Erweiterung derselben. Sie erblickt darin eine Maßregel, die die streitenden Teile aufs höchste zu erbittern geeignet ist und eine Verständigung erschwert oder gar unmöglich macht. Die Generalversammlung erwartet von den bayrischen Metallarbeitern, daß sie treu in dem ihnen aufgedrungenen Kampfe ausharren; sie verpflichtet aber zugleich den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes, mit allen ihm statutarisch zustehenden Mitteln für die erfolgreiche Abwehr der Aussperrung zu sorgen."

Es folgen die Begrüßungsansprachen der fremdländischen Gäste und danach wird die Tagesordnung definitiv festgesetzt.

Nach kurzer Pause erstattet die Mandatsprüfungskommission einen vorläufigen Bericht. Sodann erfolgt die Wahl des Bureaus. Als Vorsitzende werden gewählt: A. Cohen-Berlin, Otto Schulz-Hamburg, A. Brandes-Magdeburg, als Schriftführer: Hierl-Dresden, Wagner-Chemnitz, Roth-Berlin, Biedermann-Rathenow, Kurth-München und Philipp-Berlin.

Soziales und Parteileben.

Das Arbeitersekretariat ist kein Gewerbebetrieb. Gegen den Genossen Koch in Schweidnitz war Anzeige bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden. Durch Anfertigung von Schriftstücken, Klagen, Gesuchen und so weiter sollte Koch die Gewerbe-Ordnung übertreten haben. Auf seine Vernehmung hin vor dem Untersuchungsrichter erhielt Koch am 9. d. Mts. den Bescheid, daß der Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gegen ihn wegen Uebertretung der Gewerbeordnung abgelehnt worden sei und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse zur Last fallen.

Der französische Buchdruckerverband faßte auf seiner Generalversammlung u. a. folgenden Beschluß: „In Erwägung, daß von den technischen Fortschritten auch die Arbeiter ihren Vorteil zu beanspruchen haben, wird die tägliche Arbeitszeit für die Arbeiter an den Setzmaschinen auf 8 Stunden, in den Zeitungssetzereien auf täglich 7 Stunden festgesetzt. Vom Vorstand wurde berichtet, daß schon viele Verträge in diesem Sinne abgeschlossen seien."

Mit dem Organisationsstatut beschäftigte sich eine Parteiversammlung in Stuttgart. Genosse Wasner referierte. Er war der Meinung, daß das neue Statut auf eine straffe Zentralisation hinauslaufe und erklärte sich als Gegner einer solchen. Der Mindestbeitrag von 25 Proz. an die Zentralkasse ist ihm zu hoch, weil nach seiner Meinung die Selbständigkeit der Landesorganisationen unterbunden werde, dadurch würde die lokale Agitation leiden. Auch die Berichterstattung der Wahlkreise an den Parteivorstand hält er für unzweckmäßig, da der Parteivorstand nicht in der Lage sein werde, die Berichte zu bearbeiten. In der Diskussion wurden gleichfalls Einwände gegen die Beitragshöhe erhoben.

Das Denkmal Alfred Defuisseaux. Man schreibt dem „Vorw." aus Brüssel: Die feierliche Einweihung des Denkmals von Alfred Defuisseaux in Frameries (im Kohlengebiete des Borinage gelegen) gestaltete sich am Pfingstsonntag zu einer ungeheuren Massendemonstration, an der wenigstens 50 000 Menschen aus allen Orten Belgiens teilnahmen. Um diese außerordentliche Volkstümlichkeit unseres Genossen zu verstehen, darf man nicht vergessen, daß Alfred Defuisseaux die Liebe der belgischen Arbeiter in demselben Maße besaß, wie Jean Volders, der unvergeßliche Gründer der Partei. Defuisseaux war es, der in dem traurigen und blutigen Jahre 1886, obwohl ein Sproß des reichen Bürgertums, die Masse der wallonischen Arbeiter zum Bewußtsein ihrer politischen Rechte erweckte. Seine scharfe Agitationsschrift „Le Catechisme de Peuple" (Volkskatechismus), eine überzeugende Verteidigung des allgemeinen Wahlrechts, erregte ein gewaltiges Aufsehen in den Arbeiterkreisen. Die Broschüre war in 300 000 Exemplaren verbreitet und der Eindruck war so tief, daß die Regierung den Verfasser vor

Silbermanns Schicksale.

Erzählung aus dem Nachlasse Th. Mügges.

10. Fortsetzung.

„Es ist doch traurig bestellt mit uns armen Menschen," sagte er. „Nichts als Sorgen von jung auf, nur Sorge, bis der Erlöser kommt. Keine große Sache ist's, gut und gerecht zu sein, wenn's Einem wohlgeht, sollt ich meinen, aber ach! — o, wenn ich Herr Werder wäre, ich wollte dem armen Silbermann gewiß Gutes tun, wollte Allen Gutes tun, die es verdienen, aber es gibt freilich auch viel Schlechtes in der Welt, das Meiste daran macht die Armut — die macht es!" Er arbeitete eine Weile vor sich hin, bis er sich zuflüsterte: „Ich könnte es ja auch haben, könnte in den Wohlstand kommen, dürfte ja nur hineingehen — Kreuz Sakerment!" schrie er auf „was ich für ein dummer Kerl bin. Ich möcht' nicht, ich könnt nicht, und wenn's Gold um mich her zu Bergen läge. Also Kourage, Heinrich, Kourage! Hast auch deine Freude von Gott bekommen! und was können sie denn tun mit all ihrem Wüten? Mögen sie es hinnehmen, ich kann's nicht ändern; ich habe hier innen meinen Glauben, es wird besser werden, weil so ein gutes Herz an mir anhängt." Er arbeitete mit vermehrtem Fleiß und am Mittage war er fertig und trug die Sachen in das Magazin. Das Geld das er dort erhielt, zusammengetan mit dem Wenigen seiner Tasche hätte doch bei alledem nicht hingereicht, seinen Herzenswunsch zu erfüllen, wenn der Zufall ihn nicht begünstigt hätte. In dem Magazin selbst lag ein mächtiger Stoß Plaidtücher, und gerade solch Tuch war es, solch warmes, dickes, schönes Tuch, welches er seiner lieben Dorothea wünschte. Sehnsüchtig richtete er seine Blicke darauf, und seine Finger befühlten leise zitternd die Wolle.

„Wollen Sie ein Tuch kaufen?" fragte der Inhaber des Magazins.

„Ich möchte wohl, ach gerne," sagte er, „aber —."

Sein klagender Blick wurde verstanden. „Nun," erwiderte der Herr, „Sie sollen es billig haben, und ich weiß, wie es Ihnen gegangen ist; doch ein Mann, wie Sie, wird sich wieder helfen, und was ich dazu beitragen kann, soll geschehen. Bezahlen Sie etwas an, das Uebrige kann stehen bleiben und kann nach und nach abgezahlt werden. Ich denke, wir machen noch viele Geschäfte zusammen."

Silbermanns Augen wurden freudennaß. Da sprach Jemand gütig mit ihm, hatte Vertrauen zu ihm, wollte ihm beistehen, dachte Gutes von ihm.

Nach einigen Minuten hatte er das Tuch sauber eingepackt, hatte noch Geld genug, um auch der Mutter ein kleines Geschenk zu kaufen, eine Haube, welche er bald ebenfalls zu dem Tuch legen konnte, und dabei behielt er immer noch so viel übrig, um für die Feiertage versorgt zu sein. Dann mochte es kommen, wie es wollte, behielt er doch seine fleißigen Hände, und die würden es schon tun, um Brot zu schaffen.

Unter den glücklichsten Gedanken eilte er seiner Wohnung zu. Die Laternen wurden eben in den Straßen angezündet, viele Menschen eilten hin und her mit Körben, Schachteln, Kisten und Kasten beladen, und viele tausend Glückliche warteten auf den seligen Augenblick, wo die Tür der hellen Stube aufgehen würde. O! die Großen sind meist noch viel sehnsüchtiger und begehrlicher, als die Kleinen. Dorothea, nein, die sehnt sich nicht darnach; aber dennoch, wie würden ihre Augen glänzen, wenn sie das prächtige Tuch sähe, nicht vor eitel Lust und Begier, ach! vor Liebe, vor Liebe zu ihm, dem armen Heinrich, der vor Glück und Freude, wie er das Alles dachte, gegen jeden Begegnenden anrannte, als sähe und hörte er nichts. Keine Stunde konnte er mehr warten; sobald es finster war, wollte er aufbrechen, seine Geschenke der Geliebten ins Haus tragen und der Mutter in Verwahrsam geben, und dann Dorothea entgegen gehen. Das Geschäft, in welchem sie sich befand, war keines, was des Festes wegen länger geöffnet blieb, im Gegenteil, es sollte früher geschlossen werden, um nach der Sitte die darin tätigen Leute zu beschenken und in ihre Familien zeitig zu entlassen. Auch Dorothea hatte auf schöne Geschenke zu rechnen, wohl viel besser, wie das seine war, und doch wußte er gewiß, daß kein ihr so lieb sein würde. Alles, was sie erhalten, wollte er ihr tragen helfen, und wenn sie beide dann nach Haus kamen, wollte er traurig tun, daß er mit leeren Händen erschienen sei. Darauf wollte er sich selbst beschenken lassen und plötzlich — plötzlich wollte er das Tuch hervorziehen, wenn Dorothea gar nicht mehr dächte, daß er etwas verborgen haben könne. „Also rasch, rasch!" rief er halblaut indem er die Treppe hinauf eilte, „ich habe keine Zeit zu verlieren."

„Nur immer langsam," antwortete ihm eine Stimme von oben, und verwundert sah der Meister, daß ein paar dunkle Gestalten vor seiner Tür standen.

Ein Schreck überkam ihn. „Wollen Sie zu mir?" fragte er.

„Sie sind doch der Schneidermeister Heinrich Silbermann?" fragte der Mann in tiefem Tone zurück.

„Zu dienen, der bin ich."

„Dann schließen Sie auf, wir wollen ein Geschäft machen."

„Ein Geschäft! Sogleich mein Herr," sagte Silbermann erfreut, denn das Wort regte ihn an, aber die Sprache des Fremden war so barsch und bestimmt, daß sich doch gleich wieder ein banges Gefühl einmischte. Er schloß die Tür auf, legte die Sachen, welche er trug, auf den Tisch und sagte höflich: „Treten Sie gefälligst herein, ich werde Licht anmachen."

Die beiden Herren folgten; der welcher gesprochen hatte, stellte sich neben den Meister.

„Haben Sie Weihnachtsgeschenke gekauft?" fragte der Fremde.

„Ei, ja wohl," erwiderte Silbermann lächelnd. „Bitte,

das Gericht schleppte. Defuisseaux wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er begab sich nach Frankreich und wurde drei Jahre später als Rädelsführer eines Komplottes gegen die Staatssicherheit — obgleich es bewiesen war, daß die ganze Geschichte Spitzelmache war und obgleich auch seine mitangeklagten Freunde freigesprochen wurden — zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Antwort des Volkes ließ nicht lange auf sich warten. Fünf Jahre später bei der ersten Probe des reformierten Wahlrechts wurde er in dem Kohlenrevier des Borinage mit glänzender Majorität von 45 000 Stimmen unter 75 000 als Mitglied der Deputiertenkammer gewählt. Bei der Wiederaufnahme seines Prozesses wurde er freigesprochen. Die parlamentarische Tätigkeit Defuisseaux war vornehmlich der Verteidigung der Bergarbeiter-Interessen gewidmet. Von ihm stammt der gesetzgeberische Vorschlag über die Schaffung des Alters- und Invalidenfonds für die Grubenarbeiter. Vor zwei Jahren starb er nach schmerzlichem Leiden; sein Tod erweckte die tiefste Teilnahme der Partei und erregte besonders im Borinage-Distrikt eine unbeschreibliche Trauer. Sein Andenken ist nicht vergessen. Zum ersten Male in Belgien erhebt sich auf öffentlicher Straße ein Denkmal eines Mannes, der ein Kämpfer der Sozialdemokratie und der Freiheit gewesen ist. Das Denkmal stellt den tapferen Volksfreund in begeisterter Haltung dar. Er tröstet eine arme Arbeiterfrau und richtet einen ohnmächtigen Bergmann wieder auf, indem er ihm den Weg zur Freiheit zeigt. Das Denkmal ist ein Meisterwerk des bekannten Bildhauers Paul Dubois. Das Werk ist aufgestellt in einem blumengeschmückten Garten vor dem Volkshaus zu Frameries unter Zustimmung des sozialistischen Gemeinderates dieses großen Industriedorfes. Wie oben gesagt, haben mehr als 50 000 Parteigenossen der Enthüllung des Denkmals beigewohnt. Sie kamen aus den Nachbardörfern, aber auch aus Brüssel, Gent, Lüttich, Charleroi, Antwerpen usw. Rote Fahnen flatterten bei der Feier. Zwei lange Stunden währte der Vorbeizug der Massen an dem Denkmal. Ansprachen hielten die Genossen Senator Bastien, die Deputierten Vandervelde, Destree im Namen des Parteivorstandes und der Fraktion, ferner der Genosse Cavrot im Namen des belgischen Bergarbeiter-Verbandes, und schließlich die Genossin Gatti de Gamond. Sie alle erklärten, daß die erhebende Demonstration nicht allein dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht gilt, sondern auch eine neue und wichtige Warnung an die reaktionäre Regierung darstelle.

Aus Nah und Fern.

Das Lehrerelend in Preußen wird durch Feststellungen in einem Zivilprozesse, wobei es sich um Entschädigungsansprüche eines Lehrers wegen Gesundheitsschädigung handelte, die er sich durch eine feuchte Dienstwohnung zugezogen hatte, allerliebst beleuchtet. Der dem Prozeß zugrunde liegende Sachverhalt ist kurz folgender: Die Gemeinde Sablath im Kreise Sorau gewährte ihrem Lehrer Föhrenk eine feuchte und demzufolge ungesunde Dienstwohnung. Der Lehrer erkrankte an einem chronischen Kehlkopfleiden. Der Kreisarzt in Sorau (der, nebenbei bemerkt, bei der sehr eingehenden Besichtigung der Lehrerwohnung in Sablath in der sogenannten „guten Stube" mit der Dielung glatt durchbrach) führte das Leiden auf die höchst ungesunden Wohnungsräume zurück. Nachdem die Gemeinde alle Anträge auf Beseitigung der Wohnungsmängel unberücksichtigt gelassen hatte, klagte der Lehrer auf Entschädigung für den dauernden Nachteil, den seine Gesundheit infolge des Aufenthalts in seinen dienstlichen Wohnräumen erlitten hat. Der Prozeß hat sich über zwei Jahre hingezogen. Der Lehrer wurde abgewiesen. Auf Grund neuer Beweismittel — Professor Tobold hatte in seinem Gutachten seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß die ungesunde Wohnung tatsächlich das Halsleiden des Lehrers verursacht habe — hat aber nunmehr das Kammergericht den Anspruch des Lehrers Föhrenk auf Schadenersatz anerkannt und die Sache zur Verhandlung über die Höhe des Anspruches an das Landgericht zurückverwiesen.

Ein Skandalprozeß in Sicht. Aus Berlin berichtet das Bureau Hirsch: Peinliche Vorkommnisse in einem Berliner eleganten Spielklub werden in nächster Zeit die Staatsanwaltschaft beschäftigen. Gegen den geschäftlichen Leiter des Klubs werden vom Vorstand Beschuldigungen schwerwiegender Art erhoben. So soll er u. a. Wertmarken, die an der Kasse des Klubs nach Beendigung des Spiels eingelöst werden, widerrechtlich entwendet haben. Ferner wird ihm vorgeworfen, daß er mit Klubmitgliedern, die durch das Spiel in pekuniäre Verlegenheit gekommen sind, Wuchergeschäfte gemacht habe, und schließlich soll er von Lieferanten Geschenke für die Vermittelung der betreffenden Geschäftsabschlüsse angenommen haben.

Woher kommt das Interesse der Besitzenden an der Monarchie? Auf diese Frage gibt der Oberbürgermeister Dr. Oertel in Zittau in einer Ansprache an den König Friedrich August bei dessen Besuch der Lausitz eine unzweideutige Antwort. „Die Bürgerschaft weiß, daß sie bei allen sozialen Kämpfen und Wirren, denen sie ausgesetzt ist, in einem kraftvollen Träger der Krone ihre festeste Stütze (!) und ihren sichersten Hort (!!) findet. Unser eigenes Interesse (!) müßte uns dazu bestimmen, fest und treu zu Ew. Majestät zu stehen, wenn uns nicht schon Ehre und Pflicht und unser Herz dazu drängte. Wir bitten daher (!) unsere Huldigung gnädigst entgegenzunehmen usw." Die sozialen Kämpfe — das sind natürlich die Streiks, die Kämpfe zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Und weil die Bürgerschaft — das ist hier natürlich die besitzende Bürgerschaft — weiß, daß der König in allen diesen Kämpfen der sicherste Hort ist, deshalb gebietet es das eigene Interesse dieser Bürgerschaft, dem König zu huldigen. Das ist die monarchische Gesinnung im bengalischen Lichte monarchischer Selbstcharakteristik!

Ermordung eines Musketiers. In Recklinghausen wurde der Musketier Biewald von mehreren Polen ermordet. Die Täter sind verhaftet worden.

Aus dem Rechtsstaat. Der „Frankf. Ztg." wird aus Köln geschrieben: Eine hiesige Arbeiterfrau war verhaftet worden, worauf ihr Ehemann mit seinem Säugling einem Polizeikommissar nachlief, diesem zurufend: Wenn Sie ein rechtschaffener Mann sind, müssen Sie für das Kind sorgen. Der Arbeiter wurde wegen Beleidigung vor Gericht gestellt, das Kölner Schöffengericht sprach ihn aber frei. Dabei stellte sich heraus, daß die Verhaftung der Frau auf gerichtliche Anordnung zur Verbüßung einer Strafe erfolgte, als sie noch den Säugling ernähren mußte. Letzterer ist nunmehr, weil ihm die Muttermilch entzogen wurde, gestorben. (!)

Der Einzug. In Friedrich Naumanns national-sozialer Wochenschrift „Die Hilfe" finden wir folgendes Zwiegespräch verzeichnet:

A.: „Sah die kleine Prinzessin nicht reizend aus?"
B.: „Und sie freute sich so über das Volk!"
A.: „Ueber das gute, liebe, geduldige Volk!"
B.: „Ueber das Volk, das sich von der Polizei alles gefallen läßt!"
A.: „Ueber das Volk, das Geld dafür bezahlt, seine Prinzessin sehen zu dürfen!"
B.: „Ueber das Volk, das wie ein Märchen aussieht in seiner Unerschöpflichkeit!"
A.: „Ueber das königstreue Volk von Berlin!"
B.: „Ueber dieses Volk freute sie sich, denn das andere Volk sah sie nicht."

Späte Erkenntnis. Roschdjestwenski (in der Seeschlacht bei Tsuschima): „Diesmal wette ich meinen Kopf, daß es wirklich japanische Torpedos sind!"

Anfechte Justiz. Ein interessanter Preßprozeß spielte kürzlich vor dem Münchener Schöffengerichte. Die „Münchener Post" hatte in einem Artikel im November vorigen Jahres die Arbeiterverhältnisse in den Kemptener Käsereien einer Kritik unterzogen und dabei insbesondere auf Mißstände der Hauptfirma J. W. Schnetzer hingewiesen. Die Firma stellte daher gegen den verantwortlichen Redakteur Martin Gruber Beleidigungsklage. Durch eine Reihe von Zeugen wurde nun festgestellt, daß die Lebensmittel- und Wohnungspreise in Kempten unverhältnismäßig hoch sind, die Löhne der Käser aber enorm niedrig, so daß die Arbeiter, die sich gewöhnlich aus dem kleinen Bauernstande rekrutieren, nur bestehen können, wenn sie ihr eigenes kleines Vermögen zusetzen. Bei Schnetzer betrug der Lohn für Erwachsene pro Woche 15 Mk., für Jugendliche 5,40 Mk. bis 6,40 Mk.; die Zahl der Jugendlichen, darunter viele Kinder unter 14 Jahren, war besonders bei Schnetzer sehr hoch; die Arbeitszeit dauerte selbst für die Kinder von 6—6 Uhr. Mehrfach wurde auch von 6—9 Uhr Nachtarbeit gemacht, für die Erwachsene insgesamt mit 50 Pfg., Kinder mit 25 Pfg. entlohnt wurden! Arbeiter, die um Lohnerhöhung einkamen, wurden von Schnetzer entlassen; Erkrankten wurde die Kündigung aus Krankenlager geschickt; zur Brotzeit wurde den Arbeitern manchmal verdorbener Käse vorgesetzt, und als sich zwei Arbeiter darüber beschwerten, wurden sie von Schnetzer aufs Pflaster gesetzt. Das Urteil lautete auf Freisprechung, indem dem Beklagten der Schutz des § 193 zugestanden wurde. Das Gericht stellte sich im Gegensatz zur Anschauung des Reichsgerichts auf den Standpunkt, daß der Redakteur eines Blattes, dessen Tendenz dahin geht, für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter einzutreten, in einem Falle, wie er vorliegt, in Wahrung berechtigter Interessen handelte.

Literarisches.

„Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie." Erläuterungen zum Erfurter Programm von K. Kautsky und Bruno Schönlank. Von dieser vielfach verbreiteten Agitationsbroschüre hat sich abermals eine neue, von Kautsky durchgesehene Auflage notwendig gemacht, die soeben von der Buchhandlung „Vorwärts" ausgegeben wird. Im ersten Abschnitt der Broschüre erläutert Kautsky den prinzipiellen Teil des sozialdemokratischen Programms, indem er aus der Schilderung der bestehenden Zustände die Unhaltbarkeit der heutigen Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit nachweist, daß der Sozialismus zum Siege führen muß. Der zweite Teil der Broschüre behandelt den Weg, der zu diesem Ziele führt, und bringt bei jedem Punkte des Programms eingehende Erläuterungen. Die Broschüre ist für Massenverbreitung besonders geeignet; der Einzelpreis ist 10 Pfg. und nimmt Aufträge jede Parteibuchhandlung entgegen.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Aachen, O. B. 10,—. Altona, Elbe, d. H. Th. 3000,—. Augsburg, v. sozialb. Verein, 2. Quart., 10,—. Berlin, Beiträge d. Wahlkreise: 2. Kreis 1600,—; 3. Kreis (Süd-Ost) 1500,—; 4. Kreis (Ost) 3500,—; Berlin, div. Beitr., 817,07. Brandenburg-Westhavelland, Wahlkreis 200,—. Bern 100,—. Beelitz, v. d. „Vorwärts"-Abonnenten der Heilstätte 12,—. Bremen, Allg. Arb.-Verein Huchting bei Bremen 20,—. Bayreuth, Sozialb. Verein 10,—. Beuthen, v. d. Parteigenossen 5,—. Breslau, O. Hymann 150,—. Butzbach (Hessen), Karl Knapp 5,—. Chemnitz, Brutus 1,50. Cassel-Melsungen, Wahlkreis 50,—. Köln-Land, Sozialdem. Verein f. Reichstagswahlkreis 249,60. Cöthen, Sozialdem. Verein 7,—. Crimmitschau, 18. sächs. Reichstagswahlkreis 200,—. Cottbus-Spremberg, Wahlkr. 250,—. Dresden, 4. sächsischer Reichstagswahlkreis 500,—. Dresden, Sozialdem. Verein Dr. A. 1200,—. Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück, Wahlkreis für April 25,—. Euba, Steinmetzwerkplatz Alt-Chemnitz am 1. Mai 2,10. Freienwalde, Wahlverein 10,80. Fürth, Wahlverein d. Gärtner 20,—. Falkenburg, O.-Schl. 2,—. Freiburg i. Schl. 13,50. Gotha, Ag. Hildebrand 30,—. Gera-Reuß, Sozialdem. Verein d. Hempel 150,—. Grabowsee, Patienten d. Heilstätte 5,85. Grabowsee, Patienten d. Heilstätte 0,20. Halle, Wahlkreis 600,—. Hamburg, Eingegangen i. d. Exped. d. „Echo" 97,60. Idar, Albert Schuch 8,—. Kattowitz, K. O.-S. 5,—. Lennep-Remscheid-Mettmann, Sozialdem. Verein, 1. Quartal 224,65. Luckenwalde, Rufus 5,—. Lübeck, K. S. L. 2,—. Landsberg, R. Keiser 13,25. Mörs, Wahlkr. 13,—. München, Waldläufer 5,—. Meißen, 7. sächsischer Reichstagswahlkreis 500,—. München, A. M. 10,—. Nürnberg, Dr. S. 5,—. Nieder-Zwönitz, 19. sächs. Wahlkreis 50,—. Offenbach, Landesorganisation des Großherzogtums Hessen 500,—. Pilgramsheim 10,—. Regensburg, Sozialb. Verein, 1. und 2. Quartal 1905 20,—. Striegau 27,—. Schweidnitz 21,50. Sulz, Karl Michel 15,—. Schkeuditz, Sozialdem. Verein Merseburg-Querfurt 50,—. Stuttgart, G. U. 10,—. Teltow-Beeskow-Charlottenburg, Zentral-Wahlverein 250,—. Verden, 6. hann. Wahlkreis 100,—. Württemberg, Beitrag 100,—.

Berlin, den 11. Juni 1905.

Für den Parteivorstand:
J. V.: W. Eberhardt, Lindenstraße 69.

---

drücken Sie nicht, es liegt eine Haube darin. Das andere ist ein Tuch für meine Braut."

„Also doch Alles Ihr Eigentum?" fiel der Fremde ein.

„Mein Eigentum? O, gewiß! bis ich es verschenke," sagte der Meister. „Und das soll sehr bald geschehen, so wie ich weiß — was mir die Ehre verschafft —"

Er sah auf, und bei dem Lampenschimmer erkannte er einen großen starken Mann, der den Hut auf dem Kopfe und einen Stock in der Hand hatte. Ohne eine Miene zu verziehen, blickte der Fremde ihn starr an. „Sie kennen mich wohl nicht?" fragte er, als der Schneider verstummte.

„Nein — wirklich ich glaube nicht," sagte der Schneider.

„Ich bin der Gerichtsvollzieher Buller," fuhr der Herr fort. „Hier ist mein Befehl von Amtswegen. Sie sind gestern nicht im Termin erschienen. Mit Wechselklagen ist kein Spaßen, in vierundzwanzig Stunden wird das Urteil vollzogen. Ist das Alles, was Sie besitzen?"

Er sah umher. „Das ist Alles," antwortete Silbermann.

„Das ist gar nichts, dabei ist keine Deckung. Haben Sie nichts weiter? Kein Geld? Nichts, was Geldeswert enthielte?"

„Ich habe nichts weiter," flüsterte der Meister mit erlöschender Stimme.

„Dann machen Sie sich bereit!"

„Bereit? Wozu bereit?"

„Ich muß Sie mitnehmen. Es ist Personalarrest nachgesucht und vom Gericht bewilligt worden, wenn die Exekution fruchtlos ausfällt."

„Mitnehmen?" schrie Silbermann auf. „Ich — ich soll mitgehen?"

„In's Schuldgefängnis. Machen Sie keine Umstände," sagte der Gerichtsbote mit harter Stimme; aber der Ausdruck der Verzweiflung und des tiefsten Kummers in dem bleichen Gesichte des armen Schneiders schien ihn mitleidiger zu stimmen. „Sie sind doch nicht krank?" fragte er.

„Nein, ich bin nicht mehr krank," antwortete Silbermann.

„Aber dumm," murmelte Herr Buller in sich hinein, ärgerlich, daß sein Wink nicht verstanden wurde. „Ja, so hilft es nichts," fuhr er fort, „ich kann nichts daran ändern. Wenden Sie sich an den Herrn dort, bei dem allein müssen Sie bitten."

Jetzt erst sah der Meister sich nach dem Begleiter des Gerichtsmannes um, und da stand er an der Tür in seinem spanischen Mantel — kein Schein und Schatten, nein, er selbst — Herr Werder!

Ein Strom von Zorn goß sich in Silbermanns Adern. Er war immer sanft, immer zur Demut geneigt, keinen Menschen hatte er je mit Willen gekränkt, jetzt war es mit Geduld und Rücksicht vorbei. Schweißperlen traten ihm auf die Stirn und auf die zitternde Lippe, und wie er sein langes Haar zurückwarf und auf den reichen Herrn losging, zog sich dieser vor ihm zurück.

„Wenn Sie vernünftig sein wollen, Silbermann," sagte er dabei, „will ich Ihnen noch immer Gutes tun. Noch jetzt will ich, darum bin ich mitgekommen."

„Sie — Sie!" rief der Meister, seine Hände ballend. „Was Sie vernünftig nennen, ist nichts als Schande und Unehre. Sollte ich bis an mein Lebensende in Ketten liegen, möchte ich nichts von Ihnen erbitten."

„Das wollen wir abwarten," lachte Herr Werder, ergötzt von dieser Wut. „Machen Sie keine Umstände mit ihm," wandte er sich an den Gerichtsboten. „Nehmen Sie in Beschlag, was da ist, und liefern Sie ihn ab."

„Noch aber bin ich hier Herr, und das ist meine Wohnung," fiel Silbermann ein, indem er sich heftig auf die Brust schlug. „Dort ist die Tür! Dort geht's hinaus!"

Er riß die Tür auf, und obwohl Herr Werder eine stattliche Gestalt besaß, waren die Blicke des blassen, schwachen Mannes doch so unheimlich, daß er es vorzog, sich zu entfernen.

„Wir werden uns sobald nicht wiedersehen," sagte er, „für Ihre Unterhaltung aber werde ich die nötige Sorge tragen. Sie sollen künftig gewiß nicht gestört werden."

Er wandte sich noch einmal zu dem Gerichtsdiener. „Nichts wird ausgenommen," befahl er, „auch nicht etwa die Weihnachtsgeschenke, die er eingekauft hat. Er hat selbst erklärt, daß sie sein Eigentum sind."

Damit ging er hinaus und Heinrich Silbermann ließ stumm den Kopf auf die Brust sinken. Sein Zorn war verraucht, nur der Kummer war darin zurückgeblieben.

Er setzte sich auf den Arbeitsstuhl voll trostloser Gleichgiltigkeit, während der Beamte die vorhandenen wenigen Geräte aufschrieb und Fragen an ihn richtete, welche er eintönig mit ja oder nein beantwortete.

Bald war er damit fertig und steckte Blatt und Bleistift ein. „Jetzt vorwärts," sagte er. „Was hier, was da! Wenn man es nicht besser haben will, muß man auf's Schlimmste gefaßt sein."

„O, ja — ja!" antwortete der Meister, „es geht nicht anders. Courage, man muß Courage haben!"

„Die müssen Sie haben," lachte Herr Buller, denn los läßt der Sie nicht wieder, so lange er irgend kann, ich kenne ihn. Und an Quälereien wird er es auch nicht fehlen lassen. Nach einiger Zeit zahlt er nicht mehr ein, dann läßt man Sie laufen; kaum haben Sie vielleicht ein Unterkommen gefunden, läßt er sie wieder festnehmen, und so geht es ein Jahr fort. Aus dem Elend kommen Sie nicht heraus."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. – Verleger: Theodor Schwartz – Druck von [illegible] – Sämtlich in Kiel.